

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 17. Juni 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 80 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Der staatliche Terrorismus zum Schutze des Geldsacks. — Die Wühlarbeit des Metallarbeiter-Verbandes. — Neue Preisnotierungen in der deutschen Eisenindustrie. — Vom Zuchtthausgesetz. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Vom Schiffbau. — Aus Oesterreich. — Zum Torgelower Streik. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Quittung über die im Mai eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des D. M. V. in Brandenburg und Pommern. — An die Metallarbeiter Thüringens. — Unterstützungs- und Agitationsfonds der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. — Rundschau.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.; von Drehern nach Pülken in Rhnd. (Konar), nach Freising L.; nach Kirchheim u. Teck (Bauerle) Str., nach Reichenbach im Vgl. (F. C. Braun); von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Crimmitschau, nach Döhren (Säch). Gußstahlfabrik; von Feilenhauern u. nach Chemnitz, nach Kirchheim u. Teck; von Feilenschleifern nach Chemnitz (Schmidt); von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach Str.; von Flaschnern (Klempnern) nach Biel L., nach Lübeck L., nach München (Schneider), nach Stuttgart Str.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele u. Bindner), nach Schiffsanwärter (F. U. Vogel) D., nach Cambratt, nach Böheln (F. Paase), nach Pülken Str., nach Görlitz (Vörliger Maschinenfabrik), nach Halle-Büschdorf (A. Jakob), nach Biel (Hornbros-Werke) Str., nach Heilbrunn (Wolff), nach Kaiserlautern, nach Saubhammerwerke in Lorchhammer, Trösch-Großitz, Burschammer und Kieja M., nach Leipzig und sämtlichen Vororten, Str., nach Lübeck, nach Pläntzen (Heilbrunn), nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Rathenow (Otto Schmidt), nach Reichenbach i. Vgl. (F. C. Braun), nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Stöberl & Doh) Str., nach Stuttgart, nach Torgelower Str., nach Jussenhausen (G. Kuhn) Str.; von Kesselschmieden nach Freising L.; von Maschinenschlossern nach Crimmitschau (Kettling und Braun), nach Kirchheim u. Teck (Bauerle) Str., nach Reichenbach i. Vgl.; von Metallarbeitern nach Eisenburg (Dr. Bernhardt Sohn, G. Dränert) M., nach Gelsenkirchen-Schalke M., nach Leipzig-Gindenus (Jäger u. So.) Str., nach Torgau (Maschinenfabrik von Braun & Sohn) L., nach Pirndorf (Wolff & Hammerbacher); von Schlossbauern nach Grottsch (Stengler); von Schmieden nach Kirchheim u. Teck (Bauerle) Str.; von Silberschlägern nach Fürtly und Schwabach Str.; von Siebmachern nach München; von Schlossern nach Freising L., nach Weimar; von Stemmern nach Flensburg (Schiffsbaugesellschaft) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Unsperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Der staatliche Terrorismus zum Schutze des Geldsacks.

Die offenbar von einem im Reichsamt des Innern als Beamten beschäftigten Polizisten herührende Begründung der Zuchtthausvorlage weiß viel vom „Terrorismus“ der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die nichtorganisierten, braven, zufriedenen und staatsstützenden Arbeiter zu erzählen. Da in gewissen Kreisen Jedes und Alles, was die organisierten Arbeiter thun, als „Terrorismus“ tagirt wird, so ist es nicht schwer, überall Terrorismus, ja schließlich bei den Arbeitern überhaupt nichts Anderes mehr zu sehen. Daß und Verfolgungsjagd gegen die Arbeiter sind vielfach zu einem Wahn geworden, in dem Methode Redt. Dabei kommt jenen Kreisen nicht zum Bewußt-

sein, daß gerade sie durch ihre fanatische Verfolgung der Arbeiter den ärgsten und schlimmsten Terrorismus begehen und daß auch die Zuchtthausvorlage nichts Anderes als solcher Terrorismus ist, der unter Mißbrauch der Staatsgewalt verübt wird. Die Unterdrückung berechtigter Bestrebungen, die mit berechtigten Mitteln erreicht werden wollen, durch den Staat auf das Verlangen der Gegenpartei, der anderen Interessenten, ist und bleibt Mißbrauch der staatlichen Gewalt, ist und bleibt Terrorismus, auch wenn sie in rechtlich zulässigen Formen, wie auf dem Wege der Gesetzgebung, geschehen soll.

Die Zuchtthausvorlage und ihre Begründung ist ein abermaliger Versuch, das 1891 gescheiterte Werk des damaligen Handelsministers v. Berlepsch auf breiterer Grundlage endlich durchzuführen. Die Zuchtthausvorlage ist in manchen Punkten völlig identisch mit der Berlepsch'schen Vorlage und daher trifft ein großer Theil der Kritik, die 1890 an derselben geübt wurde, auch vollständig gegenüber der Zuchtthausvorlage zu. Die ausführlichste Kritik, die damals geübt wurde und die zugleich zu den besten bezüglichen Leistungen überhaupt gehörte, war diejenige des Münchener Universitätsprofessors Dr. Löwenfeld, welcher 1890 im Braun'schen „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ erschien. „Inhaltlich schlechte und das Leben falsch behandelnde Gesetze sind regelmäßig auch juristisch, als Werke der Gesetzgebungstechnik, schlecht“, schrieb damals Dr. Löwenfeld, „da unklare Gedanken keine klare Fassung vertragen. Gesetze solcher Art reichen nicht bloß den von ihnen direkt Betroffenen, sondern auch der Gesetzesanwendung zum Unglück, indem sie die Letztere über den einzelnen Fall hinaus verderben“. Es genügt, auf das Wort von der deutschen Partei- und Klassenjustiz hinzuweisen, um vorstehende Behauptung Löwenfeld's als durchaus richtig darzutun.

Im Laufe seiner sehr umfangreichen kritischen Arbeit beleuchtet der Verfasser auch die „Rechtsgleichheit“, die bei der Bekämpfung der Arbeiter dadurch formell gewahrt wird, daß die geforderten Strafen sich auch gegen die Unternehmer richten. So ist es in der Zuchtthausvorlage, so war es beim Berlepsch'schen Vorschlag und so war es auch 1874, als die Regierung vom Reichstag Strafen gegen den Kontraktbruch forderte, die sich gleichermaßen gegen beide Parteien richteten, aber vom Reichstag abgelehnt wurden. In der Gesetzesvorlage von 1874 war diese „Rechtsgleichheit“ vollständig gewahrt, dagegen ließ die Begründung derselben, so wenig wie diejenige der Zuchtthausvorlage, einen Zweifel darüber, daß sich der ganze Plan nur gegen die Arbeiter richte. So war in jener Begründung von „dem unter den Arbeitern überhandnehmenden Geist der Zuchtlosigkeit und Ungebundenheit“ die Rede und „von dem Gefühl des mangelnden Rechtsschutzes auf Seiten der Arbeitgeber“. Im Reichstage sagte damals ein Redner zur Charakterisirung der Regierungsvorlage mit ihrer „Rechtsgleichheit“, daß das Delikt des Unternehmers „bloß zum Schein zu Papier gebracht sei, um eine anscheinende Gleichheit zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer herzustellen“.

Bei der Verathung der Gewährleistung des Koalitionsrechts im Jahre 1868 im norddeutschen Reichstage bezeichnete dasselbe der Abgeordnete Schmitz-Delitzsch als ein „Natur- und Grundrecht, mit welchem der Staat nicht brechen könne, ohne mit seiner eigenen Existenzfähigkeit zu brechen“. Waldeck bezeichnete die Koalitionsfreiheit als „die ganz gewöhnliche Freiheit des Menschen, die Freiheit des Bürgers, welche die Verfassung garantiert“.

Und Dr. Löwenfeld selbst führt aus, „daß dieses Koalitionsrecht im Dienste einer gewaltigen

Kulturaufgabe steht“. Er zitiert dann ferner aus der Begründung der Berlepsch'schen Vorlage einige Sätze, die man in der Begründung der Zuchtthausvorlage vergebens suchen würde, die aber heute noch zutreffend sind, wie sie es damals waren. Es wird da ausgesprochen, „daß der einzelne Arbeiter, der Beschäftigung sucht, in der Regel keine Wahl hat, ob er sich den in der Arbeitsordnung vom Arbeitgeber festgesetzten Bedingungen unterwerfen will oder nicht, daß ihm also beim Vertragsabschluß jede Einwirkung auf die einzelnen Bedingungen des Arbeitsvertrages entzogen ist“. Die unmittelbare Folge hiervon aber ist, daß es, „wo die Arbeiter vereinzelt auftreten, der Arbeitskäufer ist, der das Maß der Kultur bestimmt, an dem die Arbeiter Antheil haben... das Maß, in dem sie wirklich Mensch sein können... daß sie selbst einflußlos sind auf dieses Maß in Gegenwart sowohl als in Zukunft und daß nur Glend und Tod den niedrigsten Antheil bestimmen, den sie an der Zivilisation und ihren Fortschritten erlangen“. Letztere Sätze rühren von Brentano her, der dann weiter fragt: „Welches Mittel kann denn heute und in Zukunft verhindern, daß der Arbeiter als ein gemeines Werkzeug ausgebeutet wird, ohne Rücksicht auf seine Menschenwürde, seine Sittlichkeit und seinen häuslichen Herd? und darauf antwortet: „Kein anderes als die Koalition der Arbeiter. Gäbe es bei Fortbestehen der heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung keine Möglichkeit, das Maß, in dem die Arbeiter an der Kultur Antheil nehmen, von ihnen selbst abhängig zu machen, so wäre heute, wo die Arbeiter von ihrer Gleichberechtigung zur Theilnahme an den Fortschritten der Zivilisation durchdrungen sind und nach Verwirklichung ihres Rechtes drängen, der Fortbestand der heutigen Gesellschaftsordnung ernstlich gefährdet.“ Wir unsererseits, meint dazu Löwenfeld, „hielten die Zivilisation selbst für gefährdet, wenn die Arbeiter und mit ihnen die große Mehrheit bei allen Kulturbildern schon so tief gesunken wären, um jenen Drang zur Antheilnahme an menschlicher Kultur nicht mehr zu fühlen.“

Was die Arbeiter in den letzten Jahren besonders scharf empfinden mußten, daß der § 153 der Gewerbeordnung nur ein Ausnahmengesetz für sie sei; daß wohl der Zwang zur Theilnahme an der Koalition oder die Verhinderung des Rücktritts von einer solchen als Vergehen bestraft werde, die zwangsweise Verhinderung der Ausübung der Koalitionsfreiheit aber vollkommen straflos bleibe, das hat schon damals Löwenfeld scharf beurtheilt als eine „brutale Vergewaltigung der Koalitionsfreiheit auf deren eigenem Gebiete“, als etwas, das gegen die guten Sitten verstoße und als unbillig zu bezeichnen sei!

Wirb jetzt in der Zuchtthausvorlage von einem „Geschäft“ geredet, die daselbst neu konstruirten todeswürdigen „Verbrechen“ zu begehen, so hieß es in der Berlepsch'schen Vorlage „gewöhnheitsmäßig“, sie war also auch sprachlich immerhin noch anständiger, als der neueste kapitalistisch-polizeiliche Wechselbalg. Wie heißt denn „gewöhnheitsmäßig?“ fragte im Reichstage der Abgeordnete Schrader bei der ersten Verathung der Novelle und er führte dann aus: „Heißt es schon gewöhnheitsmäßig, wenn Jemand z. B. während eines Streiks verschiedentlich durch Androhung von Berufs-erklärung u. Arbeiter zu bestimmen versucht, die Arbeit einzustellen oder nicht aufzunehmen? Oder muß man, um „gewöhnheitsmäßig“ diese Thaten zu begehen, Jahre lang sie begangen haben? Es ist das für die Rechtsprechung eine schwere Frage.“

Löwenfeld bezeichnet das Wort sehr richtig als einen „bagen (unbestimmten) Begriff“, sagt aber weiter: „Über die Unsicherheit der Begriffe gehört, wie wir nun schon oft gesehen haben, ganz allgewein zu den



berechtigten Eigentümlichkeiten des strafrechtlichen Arbeiterschutzes der Novelle und nicht bloß dieses. Es ist, wie Mittelstädt (früher Reichsgerichtsrath) unlängst hervorgehoben hat, überhaupt eine Neigung der neuen Strafgesetzgebung Deutschlands, so viel als irgend angeht, konkrete (bestimmte) Redewendungen mit den denkbar abstraktesten Ausdrücken zu vertauschen. Das erleichtert nach Mittelstädt's treffender Ausführung die heute bei den Gerichten verbreitete und ausgesprochene Richtung ausdehnender Gesetzesinterpretation in Strafsachen.

Diese Darlegungen gelten auch gegenüber den aus der Verlesch'schen Novelle in die Zuchthausvorlage übergegangenen Kautschubegriffe „wer es unternimmt“, „Drohung“, „Ehrverletzung“, „Berrufserklärung“ zc. Ehrverletzung ist z. B. ein viel umfassenderer und dehnbare Begriff wie Beleidigung, die heute, wenn ihr Inhalt erweislich wahr, gesetzlich nicht strafbar ist, seit längerer Zeit gegenüber Organisirten allerdings auch öfters bestraft wurde. Als strafbare Drohung, ja sogar Erpressung, wird bekanntlich schon heute die Mittheilung oder Erklärung an einen Unternehmer behandelt, daß man die Arbeit einstellen werde, wenn er die Forderungen nicht bewillige.

Löwenfeld beleuchtet dann die unerhörten, von Rücksichts- und Gefühllosigkeit zeugenden Strafanordnungen, wie sie Verlesch vorschlug und wie sie in der Zuchthausvorlage, hier nur noch viel schärfer — bis zu 5 Jahren Zuchthaus! — wiederkehren. Für „gewöhnlichsmäßiges“ Begehen der dort konstruirten „Verbrechen“ war die mindeste Gefängnißstrafe auf 1 Jahr festgesetzt. Für die Majestätsbeleidigung beträgt die mindeste Strafe 2 Monate Gefängniß oder Festung, für Beleidigung der übrigen Bundesfürsten 1 Monat, der Gesandten 1 Tag; ja im ganzen Strafgesetzbuch kommt fast kein Delikt vor, das nicht mit einer milderen Strafe belegt werden könnte, als dort vorgeschlagen wurde und in der Zuchthausvorlage vorgeschlagen wird. Solche mit mildern Strafen belegbare Delikte sind z. B.: Meineid, wesentlich falsche Versicherung an Eidesstatt und Verleitung hierzu, falsche Anschuldigung, Ehebruch, Zucht (Blutschande), unzüchtige Handlungen gegen Pflegebefohlene, Vergewaltigung zur Unzucht, Kuppelei, Verführung unbescholtener Mädchen, öffentliches Mergerniß durch unzüchtige Handlungen, Todtschlag, Abtreibung der Selbstfrucht, Aussetzung von Kindern durch ihre Eltern in hilfloser Lage, schwere Körperverletzung und Körperverletzung mittelst einer Waffe und eines hinterlistigen Ueberfalles, Entführung und andere Vergehen wider die persönliche Freiheit, Diebstahl und Unterschlagung, Raub und Erpressung, Fehlerei, Betrug und Untreue, Urkundenfälschung, betrügerlicher Bankrott, Bucher, Sachbeschädigung und Brandstiftung.

Mit Ausnahme von Mord sind hier alle gemeinen und gemeinsten Verbrechen angeführt, die weit milder bestraft werden können, als nach dem Verlesch'schen Vorschlag organisierte Arbeiter bestraft werden sollten und nach der Zuchthausvorlage bestraft werden sollen. Bucherer, Kuppler, Sittlichkeitsverbrecher, Räuber, Betrüger, Diebe, Fälscher, Brandstifter usw. können milde und mit Gefängniß bestraft werden; organisierte Arbeiter aber müssen nach der Zuchthausvorlage mindestens mit 3 Monaten und wenn als „Geschäft“ betrieben, mit mindestens 1 Jahr, Eisenbahn- und Postangestellte zc. aber gar mit Zuchthaus von 3 bis 5 Jahren bestraft werden. Man greift sich unwillkürlich an die Stirne und fragt sich, wo wir denn eigentlich leben? Ist das nicht Wahnsinn?

Und noch eins. Während z. B. jeder öffentliche Beamte, vom Polizisten angefangen bis hinauf zum Minister und Reichskanzler erst einen Strafaufrag stellen muß, wenn er sich beleidigt fühlt, bedarf es im Falle der „Ehrverletzung“ eines jähsüßigen Streibrechers nicht erst eines solchen Antrages dieses Ehrenmannes, sondern die Staatsanwaltschaft klagt von sich aus, sobald sie von dem Falle Kenntnis erlangt. Damit ist der Streibreicher mit demselben Privilegium ausgestattet, wie der deutsche Kaiser und die übrigen deutschen Bundesfürsten! — Wahnsinn!

Wir schließen unsere Betrachtungen über den „staatlichen Terrorismus zum Schutze des Selbsts“ mit den Worten Löwenfeld's: „Der Gesetzgeber soll nicht über den Wolken thronen, aber er soll auf einer höheren Warte stehen als auf der Höhe der Partei. Wie vor seinen Werken, dem Gesetz, Alle gleich sein sollen, so soll sein Werk auch selbst für Alle gleich sein, nicht bloß im äußerlichen Wort, sondern nach der innern gleichmäßigen Gerechtigkeit. Wo die Schuld des Einen, des Mächtigen und des Reichen, straflos bleibt oder gering geahndet wird, die Schuld des Schwachen und Armen über

alles hinaus; wo den Mächtigen gestattet wird, straflos gerade dasjenige Recht unter den Fuß zu treten, das zum Schutze der Schwachen gegen sie bestimmt ist, während jedes Hiniausgehen der letzteren über die Rechtsausübung strenger als gemeine Verbrechen bestraft wird: da können wir jene erste Aufgabe des Gesetzgebers nicht erfüllt sehen. Wir können dies um so weniger, wenn das Recht, welches in so mangelhafter und partieller Weise geschützt wird, derjenigen Aufgabe dienen soll, welche derselbe Gesetzgeber als eine der höchsten und nothwendigsten Pflichten des Staates und der Gesellschaft betrachtet.“

Darum nieder mit der verruchten, wahnsinnigen Zuchthausvorlage!

### „Die Wohlthat des Metallarbeiter-Verbandes.“

Unter diesem Titel brachten die „Berliner Neuesten Nachrichten“ (Zentralorgan der Metallindustriellen) vor Kurzem nachstehenden Artikel, den wir unverkürzt zum Abdruck bringen, einmal, weil er zeigt, in welche Wuth die Unternehmer dadurch versetzt werden, daß die Arbeiterorganisation auch auf dem platten Lande Eingang findet, und zweitens weil er den besten Beweis liefert, daß in so manchen Bezirken die für Lauchhammer geleistete Arbeit nach a h m e n s w e r t h ist. — Der Artikel lautet:

„Einen sehr bemerkenswerthen Beitrag zur Kennzeichnung der Art, wie unter dem Vorwande der „Organisation“ friedliebende und zufriedene Arbeiter verhetzt werden, bietet die nachstehende Darstellung, die wir soeben erhalten. Unser Gewährsmann schreibt:

Der größte Kummer für die Sozialdemokraten ist: irgendwo noch Menschen zu wissen, die sich zufrieden in ihren wenn auch bescheidenen, aber doch nicht ungünstigen Verhältnissen fühlen.

Durch den Berliner Formereistreik vor zwei Jahren, in Folge dessen das Eisenerzwerk Lauchhammer für eine befreundete Firma Guß zu liefern übernahm, der sonst in Berlin nicht zu beschaffen war, wurde die Aufmerksamkeit des Metallarbeiterverbandes, dessen vornehmstes Ziel die Anwerbung von Mitgliedern zum Zwecke der „Organisation“ ist, auf die eigenartigen Verhältnisse in Lauchhammer gelenkt, dessen Arbeiter seit beinahe 200 Jahren von Generation zu Generation ihren Lebensunterhalt auf dem Werke gefunden haben, ziemlich abgeschlossen von der übrigen Welt haben sie das Werk als ihre Nährmutter betrachtend, gewisse Fertigkeiten vom Vater auf den Sohn vererbend, im Ganzen nicht die Leistungsfähigkeit erlangt, die man in großen Städten und Werken, in denen mit allem Raffinement gearbeitet werden muß, unbedingt verlangt.

Sie haben in schlechten Zeiten, wie sie leider lange bestanden, mit geringem Verdienst vorlieb genommen, ohne sich in guten Zeiten sonderlich anzustrengen, in beiden Fällen weil sie fast ausnahmslos ihr eigenes Haus und Feld und meist auch einige Stück Vieh haben, so daß ihnen im ersteren Falle die Noth nicht nahe trat und sie sich im anderen Falle zu sagen pflegten: Wir haben es nicht nöthig so zu „schuften“ wie in den Städten, weil wir unser kleines Besitztum haben, das uns ernährt, auch wenn der Verdienst im Werk einmal gering ist.

Die Leute waren sozusagen halb Fabrikarbeiter, halb Ackerbauer und das ging so weit, daß die meisten Arbeiter im Sommer, wenn natürlich viel reichlicher Arbeit vorhanden war als im Winter, „auf Urlaub“ gingen, um ihre Felder zu bestellen.

Darunter mußte natürlich die Leistungsfähigkeit des Werkes ungemein leiden und zwar um so mehr, als überall sonst Anforderungen und Leistungen stiegen. Es war schwer, Wandel zu schaffen, aber es geschah doch; nur blieb die Leistungsfähigkeit der Arbeiter eine geringe, und wenn man ihnen zeigte, daß fremde Arbeiter, die herbeigezogen wurden, dieselbe Arbeit in weniger als der halben Zeit vollendeten, so sagten sie ganz offen: so wollen wir nicht arbeiten. Gleichzeitig mit dem Berliner Formereistreik entstanden in nächster Nähe zahlreiche Bleichfabriken, die sich theils aus den Arbeitern des Lauchhammer-Werkes rekrutierten, theils eine Menge Arbeiter aus allen Theilen des Landes herbeizogen, die das Gift der Sozialdemokratie in die Gegend brachten. Bald erschienen Agitatoren, die öffentliche Versammlungen einberiefen und den Leuten glauben machten, sie hätten alle Ursache unzufrieden zu sein; man zähle ihnen Schuldlosigkeiten, die so niedrig seien, daß sie verungütern würden, wenn sie nicht ihre Kartoffeln selbst bauen, daß sie genöthigt seien, sich sogar Kühe zu halten und Schweine, damit sie Butter und Speck zu ihren mühsam erzeugten Kartoffeln hätten, die ihnen das Werk nicht biete.

Zuerst fanden sich wenige Gläubige, aber nach und nach gelang es durch wiederholtes Bearbeiten, einige der jüngeren Leute zu gewinnen, denen man vorredete, sie seien dumm, daß sie sich hier auf dem Lande ausnützen ließen, ohne Vergütungen, ohne sich ihrer Macht bewußt zu werden, sie sollten sich „organisiren“, sollten „organisiert“ ihren Bedrückern die Lähme zeigen“ und Alles durchdrücken was sie nur wünschten. Der Verband unterstützte Streiks, indem er ausgiebige Streikgelder an die Mitglieder zahlte, wenn sie nur neun Monate beim Verbanne seien!

Die jungen Hühner platzten etwas zu früh los und wollten schon im Herbst 1898 einen Streik aus dem Stegreif inszeniren, nachdem aber verschiedene dringliche Telegramme mit der „Zeitung“ des Verbandes in Stuttgart, welcher kräftig abwinkte, gemeldet worden waren, zogen sie die Fühler ein und beruhigten sich mit dem Troste: „Im Frühjahr streiken wir.“

Diese Hoffnung ward von den Agitatoren genährt, in den Versammlungen wurde den Arbeitern gesagt, daß seien zur einige Platzpatronen gewesen, sie sollten nur ihre Kanonen tüchtig laden, damit sie dieselben im Frühjahr loschießen könnten. Das wurde weniger gesagt, um wirklich auf einen

Streik hinzutreiben, sondern immer nur um Mitglieder zu werben, denn dem Verbanne und seinen Leitern und Agitatoren liegt nichts daran, Geld nach Lauchhammer zu senden, sondern recht viel Beiträge und recht viel organisierte Mitglieder zu werben.

Nicht ohne Geschick mußte die Agitation auch gut situirte Leute, von denen einige offenbar Vermögen haben, Haus, Feld, mehrere Kühe zc., dafür zu interessieren. Sie spekulirten auf die Eitelkeit der Leute und auf deren Gewinnsucht, man sagte ihnen: „Du bist ein fixer Kerl, kannst reden, rechnen und schreiben, wenn Du Kassirer wirst, steht Dein Name immer in der Zeitung. Du beruhest Versammlungen ein, das sieht doch nach etwas aus, Du stellst was vor und bekommst außerdem noch Prozente von den gesammelten Beiträgen!“

Diese Leute waren zum Theil so einfältig, daß sie diese Thätigkeit mit Königstreue und Mitgliedschaft beim Militärverein völlig vereinbar hielten.

Der Beitritt derselben gewann doch auch manchen von den älteren und selbst nicht schlecht situirten Leuten um so mehr als man immer von Streik sprach und dabei betonte: wer Mitglied ist, bekommt reichliches Streikgeld die Woche, wer nicht beitrifft, bekommt nichts; auch daraufhin traten Leute bei, die eigentlich nichts mit dem Sozialismus zu thun haben wollten.

Diese Erfolge ermuthigten die Herren Agitatoren in hohem Grade und es wurde eine ganz reguläre Bearbeitung der Arbeiter aller vier Werke der Aktiengesellschaft Lauchhammer organisiert.

Ein gewisser Rohrlad, der sich selbst „Schriftsteller“ nennt, in den Versammlungen aber den „Metallarbeiter“ herausstreckt und mit „Kollege“ angeredet wird, wurde förmlich zum Dezerenten für die Lauchhammer'sche Angelegenheit gemacht und hielt bald in der Umgebung von Lauchhammer-Burghammer Versammlungen ab, bald in der Nähe von Gröbzig und Nieja, aber möglichst ohne indessen das sächsische Gebiet zu betreten.

Den fruchtbarsten Boden fand er in Gröbzig, während in Lauchhammer der Verband wesentlich an Boden verlor, nachdem durch das Verhalten der Werksleitung gekennzeichnet war, daß man nicht ferner den Heterereien der Verbandsmitglieder, sogenannter Vertrauensmänner, gegenüber unthätig bleiben würde.

Gerade in diese Zeit, in die ersten Monate des laufenden Jahres, fällt eine Untersuchung der Werksleitung, ob sich wirklich hilfsbedürftige arme Arbeiter im Werke befänden; dabei gelang es mit Mühe und Noth, einen Mann ausfindig zu machen, dem man für die kalten Wintertage einige getragene warme Kleidungsstücke anbieten konnte, ohne sich einer Ablehnung aussetzen; thätlich fällt jedem Besucher der Gegend das freundliche, wohlige Aussehen der Behausungen aller angrenzenden Dörfer auf, in denen die Arbeiter des Lauchhammerwerkes wohnen.

Die Arbeiter bekommen aber durch die Agitatoren an allen Orten zu hören, daß ihre Verhältnisse ganz besonders schlecht seien, daß sie dagegen Front machen müßten, ausgebeutet zu werden, und daß das einzige Mittel dagegen Beitritt zum Metallarbeiterverband, „Organisation“ und Anwerbung weiterer Mitglieder sei.

Zuerst ließen sich die Gröbziger Arbeiter betören und reichten eine ganze Liste von Forderungen ein; es waren 13 Punkte, z. Th. Sachen, die selbstverständlich schon längst bestehen, z. Th. nur in anderer Form, in einigen Punkten aber auch unerfüllbare Verlangen, wie 50 Proz. Erhöhung der Tagelöhne; das Ganze aber gipfelte in der Forderung eines aus geheimer Wahl hervorgegangenen Arbeiterausschusses, der mit der Direktion über die Punkte berathen sollte.

Das ganze Nachwort zeigte deutlich, daß die, welche es eingereicht hatten, gar nichts davon verstanden, es waren Forderungen, die ihnen von Außen, von Leuten eingegeben waren, welche von den internen Verhältnissen gar keine Ahnung haben.

Gerade deshalb, weil hier ein äußerer Einfluß unerkennbar war, der ja später in dem von vorn bis hinten unwahren Artikel über den Gröbziger Streik in der Zeitung des Metallarbeiterverbandes auch offen zugegeben wird, konnte die Werksleitung auf die Sache nicht eingehen. Es schien Ruhe eingetreten zu sein, bis am 1. Mai die etwas überstürzte Entlassung zweier Arbeiter wegen Betretens des Werkes in völliger Trunkenheit (es war zufällig der Hauptagitator auf dem Gröbziger Werke dabei) die Angelegenheit von Neuem auf's Tapet gebracht wurde. Die sämtlichen Gröbziger Arbeiter streikten und stellten als Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit bedingungslose Wiederaufnahme der beiden Entlassenen.

Dabon konnte selbstverständlich keine Rede sein, obwohl die Werksleitung in dem zweifellos am 1. Mai besonders provokatorischen Verhalten der beiden Leute mehr einen Dummjungenstreich sah, den sie, wenn die Sache früher zu ihrer Kenntniß gekommen, mit einer mäßigen Ordnungstrafe belegt haben würde.

Die Leute wurden von der Werksleitung nicht ohne Erfolg auf die großen Noththeile, die ihnen und den übrigen aus einem ungeleglichen Verhalten erwachsen würden, aufmerksam gemacht und nahmen schließlich am 2. Mai Mittag die Arbeit wieder auf, stellten aber gleichzeitig das Verlangen, binnen 4 Tagen Antwort auf ihre 13 Forderungen zu erhalten, geschähe das nicht oder in ungenügender Weise, so würden sämtliche Arbeiter am 16. Mai „kündigen“, um auf gezieltem Boden zu bleiben, wie die fünfköpfige Deputation ausdrücklich betonte.

Nun wurde auf allen Werken die Parole ausgegeben: „In Gröbzig wird am 16. Mai der Streik proklamiert!“ Der Agitator Rohrlad entwickelte eine riesige Thätigkeit; bald war er in der Nähe Nieja's, bald in Gröbzig, bald bei Lauchhammer. In Nieja gelang es mehrmals, einzelne Abtheilungen zu Arbeitsverweigerungen zu bringen, ohne daß die Sache indessen akute Form annahm, weil die Leute im entscheidenden Augenblicke immer wieder zurückgewiesen wurden; es konnte ja dem Metallarbeiterverband nichts daran liegen, einen allgemeinen Streik aller Arbeiter der Aktiengesellschaft Lauchhammer in Szene zu setzen und täglich, wenn er sein Wort einlösen wollte, Tausende an die Streikenden zu zahlen, er wollte nur auf die Werksleitung drücken und Mitglieder werben, um mehr Einnahmen von den Lauchhammer'schen Arbeitern und mehr „organisierte“ Arbeiter zu bekommen.

Die Werksleitung in genauer Würdigung der Situation und der Erkenntniß, daß hier nicht nachgegeben werden könne,



beschloß nun, es auf einen Streit, der keinesfalls von Dauer sein konnte, ankommen zu lassen, machte die Leute durch Anschlag nochmals mit den Folgen bekannt, die ein Streit auf Grund der Arbeiterordnung, des Pensionistenstatuts und des Gewerbegesetzes haben würde und lehnte am 18. die Forderungen der Größtlicher Arbeiter ab.

Inzwischen arbeitete der „Kollege“ Rohrlach mit Hochdruck; er brachte einen Teil der Arbeiter des Werkes Lauchhammer dazu, auch Forderungen zu stellen, unter denen u. A. die war, daß die Afforde der Leistungsfähigkeit des Arbeiters angepaßt werden und Jedem ein Mindestverdienst garantiert werden müßte. Es hat sich nachher erwiesen, daß einzelne Kategorien von Arbeitern, die 3/4 M verdienen, gar nichts von den für sie eingereichten Mehrforderungen wußten, auch sagte man, daß die betreffenden Listen, die schon vor Monaten aufgestellt seien, viele Namen enthielten von Leuten, die längst die Thorheit erlannt und ihre Beziehungen zum Verband gelöst haben.

Auch diese Forderungen wurden selbstverständlich am 18. Mai durch Anschlag abgelehnt.

Nun wurde eine andere Tonart eingeschlagen: es erschien ein „offener Brief“ (gedruckt des „Kollegen“ Rohrlach an den Direktor der Aktiengesellschaft S-r, der in halb bittendem, halb drohendem Tone Zulassung und Sanftionierung des Metallarbeiterverbandes für die Arbeiter der Gesellschaft heischte, es erschienenen Mahnzettel an säumige Mitglieder, ihre Beiträge zu leisten, um sich für „alle Fälle“ die Unterstützung des Verbandes zu sichern; gleichzeitig wurde die Parole ausgegeben, Freitag, den 19. solle der Streit in Gröbzig proklamirt werden — alles nur Manöver, um Mitglieder mit der „Aussicht“ auf Streikgelder zu werben.

Am Donnerstag, 18. Mai, Abends, erschien „Kollege“ Rohrlach in Gröbzig und hielt einen Vortrag, er müsse erst mit der Verbandsleitung in Verbindung treten, ob derselbe auch Nichtmitgliedern Streikgelder bezahlen wolle, am Sonnabend Abend wolle er Bescheid bringen. Gleichzeitig zirkulirten Listen, auf denen sich die einschreiben sollten, welche streiken wollten; die Sache schien aber den Leuten zu bedenklich — und zu dumm; sie sagten selbst, das sei doch Unsinns und legten die Listen bei Seite, und am Montag kam Rohrlach, um zu erklären, es sei kein Geld in der Kasse, andere Streiks kosteten schon zu viel und man müsse mit dem Streik noch 3-4 Monate warten! In Riesa wurden zwar noch an die heimgehenden Arbeiter die „offenen Briefe“ vertheilt, aber es fruchtete auch nichts, die Leute sind für den Moment klug geworden. Werden sie es bleiben? Man muß es hoffen, denn für so einfältig möchte man sie doch nicht halten, daß sie nicht die Empfindung davon getragen haben sollten, daß sie für ganz andere Zwecke, als die, „ihnen zu helfen“, genasführt worden sind.

Nur kurze Bemerkungen haben wir zu dem Geschreibsel zu machen. Der Artikelschreiber gesteht also zu, daß die Arbeiter des Lauchhammerwerkes „Landwirtschaft“ und „Viehzucht“ treiben. Er vergißt nur zu sagen, daß sie diesen Nebenerwerb nicht entbehren können, also: daß Frauen und Kinder mitarbeiten müssen, um der Familie die Existenz zu ermöglichen! Das heißt zu gut Deutsch: Mann, Weib und Kind arbeiten für die Interessen des Lauchhammerwerkes!

Von hoher Bedeutung ist es, daß durch den ganzen Artikel, wie ein rother Faden, die Erkenntnis geht, daß unsere Genossen nur für das Werben von Mitgliedern für die Organisation gearbeitet haben! Eine bessere Anerkennung kann es für uns gar nicht geben. Wir wollen nicht blind in den Streit hineintreiben, sondern der Organisation so festen Fuß schaffen, daß die Herren Unternehmer mit uns verhandeln müssen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse!

Sodann schießt die Schreiberseele einen Woc. Sie konstatiert zweimal, daß es „selbstverständlich ist, daß alle Forderungen abgelehnt werden mußten!“ Wenn nun die Arbeiter des Lauchhammerwerkes nicht begreifen, daß sie nur durch die „Wählarbeit“ des Verbandes Hilfe zu erwarten haben, nun dann sind sie durch die ungeheuerliche Ausbeutung schon so weit geistig zurückgedrängt, daß sie einen folgerichtigen Gedanken nicht mehr zu fassen vermögen!

Wenn der Schreiber meint, daß die Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband mit der Königs-treue und Vaterlandsliebe nicht vereinbar ist, so erklärt er damit, daß diejenigen Arbeiter, die einem Kriegervereine angehören, nicht das Recht haben, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu fordern! Trifft das zu, so gibt es keinen anderen Rath als: Austritt aus dem Kriegerverein, und Beitritt zum Metallarbeiterverband. Denn nur Derjenige pflegt die Vaterlandsliebe, der dem Volke genügende Nahrung usw. verschafft, weil diese die Grundbedingung für die Wehrkraft des Volkes ist.

Die „Forderungen“ an die Direktion des Lauchhammerwerkes schließen mit dem Satz: „Zur Prüfung der Berechnung und Durchführbarkeit der Forderungen bitten wir die Direktion, einen Arbeiterauschuß einzusetzen, hervorgegangen aus der freien und geheime Wahl der Arbeiter.“ Das soll unmöglich sein — so sagt die Direktion! Also was die bürgerlichen Abgeordneten des Reichstages für gesetzlich notwendig halten, erklärt die Direktion des Lauchhammerwerkes für unmöglich! Kollegen! Seid Ihr schon jemals so verhöhnt worden? Nichtet Euch danach!

Und nun die Arbeiterordnung, die Pensionistenklasse und das „Gewerbegesetz“! Arbeiterordnung und Pensionistenklasse stempeln die Arbeiter zu Sklaven. Wer streikt geht aller Rechte verlustig, d. h. wenn wir so thöricht wären, die gesetzliche Giltigkeit der beiden famosen Machwerke anzuerkennen und nicht den Muth hätten, bis zum obersten Gerichtshof die Giltigkeit derselben anzufechten. Es soll nämlich jedes Mitglied 10 Jahre Beitrag zahlen, ehe es durch eigene Zahlungen (während der Streikzeit) sich die Zugehörigkeit bezw. seine Anrechte wahren kann. Welches Hinderniß zum Streik mit dem „Gewerbegesetz“ angedeutet werden soll, das wissen die Götter — der Schreiber im Solbe des Kapitals weiß es sicher so wenig wie wir!

Daß unser Verbandsvorstand den Streik nicht genehmigen konnte, liegt daran, daß zunächst von etwa 650 erwachsenen männlichen Beschäftigten nur ca. 250 vollberechtigte Mitglieder waren, also 400 Mann durch Sammlungen unterstützt werden mußten. Wir unternehmen keinen Streik, den wir nicht durchführen können. Wenn es zum Streik kommt, so mag derselbe 6, 8, ja 20 Wochen dauern. Und wie schön ist das Zugeständniß: „Der Streik kann nicht lange dauern.“ Das heißt doch nur: Die Werkleitung kann es nicht lange aushalten. Wir halten es aus, wenn mehr Organisirte vorhanden sind und nicht gleichzeitig eine große Reihe anderer schwerer Kämpfe im Gange sind. Mögen die Kollegen aller vier Betriebe des Lauchhammerwerkes das begreifen, mögen sie sich der Organisation anschließen — dann, aber auch nur dann werden menschenwürdige Zustände geschaffen auf dem Lauchhammerwerk!

### Neue Preiserhöhungen in der deutschen Eisenindustrie.

Der Weizen unserer Eisenmagnaten blüht fort und es stehen sogar noch fortwährende erhebliche Steigerungen in Aussicht, da von Angebot kaum mehr die Rede sein kann, während die Nachfrage ungeschwächt fortbauert und man bald von einer Eisennoth wird sprechen können. Die Kartelle und Syndikate, deren Leiter wie Einzelmitglieder jede Forderung der Arbeiter nach einem Pfennig mehr Lohn mit allen möglichen und unmöglichen Einwendungen, so auch mit dem Hinweis auf die Konkurrenz, abweisen, scheeren sich den Teufel um die Konkurrenzmöglichkeit ihrer Abnehmer. So haben neuerdings folgende Preiserhöhungen stattgefunden: Auf Beschluß der Vereinigten Oberschlesischen Walzwerke ist der Grundpreis für Walzeisen um 15 M., von 160 auf 175 M pro Tonne (= 20 Zentner) erhöht worden. Dazu wurde gemeldet, daß die Vereinigte Königs- und Laurahütte, welche nicht zu diesem Verband gehört, bei ihren letzten Abschlüssen diesen Preis schon glatt erzielen konnte. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Schweißereiwerte hat den Minimalpreis für Stabeisen von 155 auf 175 M., also um 20 M pro Tonne erhöht. Die Generalversammlung des ostdeutscheschlesischen Güttensvereins beschloß, wegen andauernder Preissteigerung aller Rohmaterialien die Preise für Handelsroheisen und Abflußrohren um 5 M pro Tonne, sowie für Sanitärzutenstücken um 5 Prozent zu erhöhen. Der Verein für den Verkauf von Siegerländer Eisenstein erhöhte den Preis für rohen Spateisenstein um 1,20 M, für Rothspat und Brauneisenstein um je 1,50 M pro Tonne. Die Folge dieser Erhöhung wird die Preissteigerung des Roheisens um 3 M sein. Der Siegerer Luppen-Verkaufsverein erhöhte die Minimalpreise für Schmiebeluppen auf 130 M und für Walzluppen auf 133 M.

Die Notirungen an der Düsseldorfor Börse zeigen folgende Steigerungen der Preise pro Tonne:

	Anfangs Mai		20. April		Anf. April	
	M	bis M	M	bis "	M	bis M
Rothspat	11,60	12,20	10,10	11,40	10,40	11,—
Gerösteter Spateisenstein	16,—	17,50	14,50	16,—	—	—
Spiegeleisen	72,—	73,—	68,—	70,—	—	—
Weißtrahliges Roheisen	63,—	65,—	60,—	62,—	—	—
Stahleisen	65,—	67,—	62,—	64,—	—	—
Engl. Roheisen Nr. 3	72,—	—	69,—	—	68,—	—
Gewöhnl. Stabeisen	175,—	185,—	165,—	170,—	155,—	165,—
Gewöhnl. Bleche (Flußeisen)	165,—	—	155,—	—	147,50	—
Gewöhnl. Bleche (Schweißereisen)	185,—	195,—	175,—	185,—	170,—	180,—
Kesselleche aus Flußeisen	185,—	—	175,—	—	170,—	—
Kesselleche aus Schweißereisen	220,—	—	205,—	—	200,—	—
Feinbleche	175,—	185,—	165,—	170,—	160,—	170,—

Alle 12 vorangeführten verschiedenen Sorten haben in den ca. 3 Wochen vom 20. April bis 5. Mai erhebliche Preissteigerungen erfahren, von 1,20 bis 1,40 M der Rothspat, bis 15 M die Kesselleche aus Schweißereisen; dazwischen die verschiedenen Sorten 1,50 M, 3 M, 4 M, 5 M und 10 M Vergleichlich man aber die Preise, — wobei es sich immer nur um Minimalpreise handelt, die Verkaufspreise werden häufig noch wesentlich höher sein —, wie sie Anfangs April und Anfangs Mai standen, so erscheinen die in diesem Zeitraum eingetretenen Preiserhöhungen noch viel bedeutender. Sie stiegen um 2,20 M im Minimum, bis 4 M, 15 M, 17 1/2 M und 20 M im Maximum.

In ähnlicher Weise fanden an der Dortmunder Börse Preissteigerungen statt, wie folgender Vergleich zeigt:

	Mitte Mai pro Tonne		Mitte April*) pro Tonne	
	M	bis	M	bis
Deutsches Gießereiroheisen Nr. 8	71	—	70,—	—
Weißtrahliges Roheisen	63	65	60,—	62
Spiegeleisen	70	73	68,—	70
Englisches Gießereiroheisen Nr. 8	72	—	70,—	—
Luxemburger Gießereiroheisen	63	—	62,—	63
Stabeisen in Schweißereisen	175	185	155,—	165
Feinbleche aus Schweißereisen, Minimalpreis	195	200	165,—	170
Trägereisen, Minimalpreis	125	130	121,—	128
Feinbleche aus Schweißereisen	175	185	170,—	—
Kesselleche aus Schweißereisen	205	—	200,—	—
Flußeisen	185	—	170,—	—
Thomasflußeisenbleche	165	170	147,50	—
Siemensmartinbleche I	175	—	157,50	—

Die vorstehenden 13 verschiedenen Sorten erfuhren in dem vierwöchigen Zeitraum eine Preissteigerung von 1 M, 2 M, 3 M, 4 M, 5 M, 15 M, 17,50 M, 20 M bis 30 M (Feinblechen). Das sind in so kurzer Zeit horrende Preiserhöhungen, die auf's Neue bekunden, was schon altbekannt ist, daß die Herren in keiner Beziehung an Bescheidenheit leiden. Welches Geschrei würde dieselbe kapitalistische Gesellschaft erheben, wie würde sie nach Polizei, Staatsanwalt und Zuchthaus förmlich brüllen, wenn auch nur in annähernd gleichem Maße die Arbeiter mit Lohnerhöhungen vorgehen wollten. Da würde das Ende der Welt nahe sein. Was aber die Herren selber machen, ist wohlgethan.

Und wie verdammt einfach das zugeht. Die Herren Kartellbrüder kommen zusammen, finden entsprechende Anträge ihrer Leiter vor, denen sie nur zugestimmen brauchen und die Preiserhöhung ist beschlossen und wird den Abnehmern dekretirt, die sie unweigerlich bezahlen müssen, in nicht seltenen Fällen noch etwas mehr, als der vom Kartell festgesetzte Minimalpreis ausmacht. Da fragt Niemand nach den „Anreizern“ und „Hegern“, da ist kein Posten stehen, kein Kampf mit Streikbrechern und Polizisten notwendig, da gibt es keine Verhaftungen und Verurtheilungen; alles vollzieht sich ruhig und so prompt, als ob es sich um die Ausführung eines staatlichen Gesetzes durch die Staatsgewalt handelte. Das ist die Leistung und der Segen der Organisation, die sich die Arbeiter zum Vorbild nehmen und nachahmen müssen!

In einem der nächsten Artikel werden wir zeigen, wie sich der Segen der billigen wirtschaftlichen Prosperität in Gestalt hoher Profite, Dividenden und Lantien auf die Kapitalkisten niederläßt und in ihren Taschen verschwindet.

### Vom Zuchthausgesetz.

Die Regierung hat es für nötig befunden, ihrer Zuchthausgesetzvorlage und Begründung noch extra eine „Denkschrift“ von 107 Seiten nachzusenden, durch die die Nothwendigkeit der Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter erwiesen werden soll. Das Material zu dieser Denkschrift besteht aus Berichten von Polizisten und Staatsanwälten. Um den Schein der Häufigkeit von Streikvergehen zu erregen, werden manche Vorfälle bis zu 30 Mal in der Denkschrift angegeben; immer wieder sind es der Hamburger Gasarbeiterstreik, der Torgelower Metallarbeiter- und der Leipziger und Bielefelder Maurerausstand, die herhalten müssen. Alles, was irgendwie Polizisten in einer Versammlung oder auf der Straße aufgegriffen haben, wird als wahrste Thatsache breit vorgetragen, was die streikenden Arbeiter in ihren Fachzeitungen u. s. w. über die Verhältnisse niedergelegt haben, das wird verschwiegen; was irgend ein angeklagter Streikbrecher vor Gericht zusammenlügt, das ist nachgewiesen, wenn aber ein Streikender vor den Säntzen steht, dann ist das ganz etwas anderes.

Speziell in dem Torgelower Metallarbeiterstreik wird in der Denkschrift an unzähligen Stellen der schlechte Einfluß der „Heger“ und wer weiß sonst noch was bewiesen, so wie nur von den Scharfmachern etwas bewiesen werden kann. Freilich, in der Gerichtsverhandlung, die vor dem Stettiner Schwurgericht stattfand, bekam die Torgelower Streikaffäre ein ganz anderes Gesicht. Vor dem Schwurgericht erschien der Besitzer der größten Fabrik in Torgelow, Herr Dr. Vollgold, als Zeuge, ein humaner, das Koalitionsrecht der Arbeiter aufs peinlichste achtende Arbeitgeber, der offen heraus erklärte, daß er mit den bei ihm beschäftigten Arbeitern in bestem Einvernehmen lebe, und die Schuld an

\*) Siehe Nr. 19 ds. Bl. „Die Preiserhöhungen in der Eisen- und Metallindustrie“.



dem Streik und den damit verbundenen beklagenswerten Ausschreitungen zum guten Theil an den übrigen Arbeitgebern gelegen habe. In der Verhandlung wurde ferner festgestellt, daß an der Verfassung der „Arbeitswilligen“ mit Revolvern die Herren Arbeitgeber ebenfalls nicht unschuldig waren. Es wurde ferner festgestellt, daß der in der Anlagenschrift als sozialdemokratischer „Häcker“ bezeichnete Abgeordnete des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Massatich, sich durchaus korrekt benommen habe. Der Gerichtsvorsitzende gab ihm ausdrücklich das Zeugnis, daß er stets vor Ungerechtigkeiten gewarnt habe, und sprach seine Meinung dahin aus, daß die Ausschreitungen nicht vorgekommen wären, wenn er nicht noch gebrungen Torgelow vor Beendigung des Streiks auf ein paar Tage hätte verlassen müssen.

Von dieser unparteilichen Darstellung findet sich in der Denkschrift kein Wort! Wie sollte das auch geschehen, da ja der Verfasser dieses einzig dastehenden Gesetzentwurfes es im Innersten seines Herzens für eine ganz bodenlose Gemeinheit der Arbeiter hält, wenn sie bei einem Streik — gesetzlich vorgehen! Wer letzteres nicht glauben sollte, der lese nur folgende Stelle der Denkschrift (S. 19):

**„Größere Ordnungsstörungen, Zusammenläufe, Gedrungen etc. wurden bei den Stuttgarter Zuständen von den Streikleitern in der Regel mit Gedacht vermieden, um den Gehriß des Gesetzlichen thunlichst zu wahren.“**

Und aus Dortmund heißt es, daß bei allen Theilzuständen der Jahre 1895, 1896 und 1897

„in der Nähe der Bahnhöfe oder der Arbeitsstätten Posten aufgestellt waren, um die zugereisten Erstarbeiter oder die noch arbeitswilligen Kameraden von der Arbeit abzuhalten. Die Zugereisten wurden dann in das Streikbureau geführt, dort mit der Lohnbewegung bekannt gemacht und, nachdem ihnen das Reihgelb erstattet, zur Rückkehr veranlaßt. Da man hierbei wohlweislich von der Anwendung terroristischer oder sonstiger durch das Strafgesetzbuch verbotener Mittel **regelmäßig abließ, so konnte nur in den seltenen Fällen einschritten werden.**“

Ähnliche Stellen finden sich noch mehr in dem sauberen Nachwerk. Die Herren behaupten es also, daß man den Arbeitern wegen ihres gesetzlichen Vorgehens nichts anhaben konnte. Deshalb also das Buchhändlergesetz!

In welcher unverantwortlich leichtfertiger Weise die Denkschrift zusammengestoppelt ist, dafür liefert die „Leipziger Volkszeitung“ einen drastischen Beleg. Auf Seite 38 heißt es nämlich:

In Leipzig ist es nach den Ermittlungen des dortigen Polizeiamts nicht selten vorgekommen, daß die Streikenden unter Verletzung des Hausrechts in Werkstätten, Fabrikräume, unfriedigste Bauhallen u. e. gebrungen sind oder daselbst verweilt haben, um festzustellen, wer dort als Streikbrecher arbeite.

Die Denkschrift kann hierbei nur ein Vorkommniß bei einem Streik der Leipziger Schmiede im Auge haben, das seiner Zeit schon im Reichstage zur Sprache gebracht wurde. Arbeitsjüngende Schmiede hatten bei einem Schmiedemäher um Arbeit nachgefragt, wobei es aber infolge des rabiatischen Verhaltens des Fabrikiers zu Unfriedigkeiten kam. Die königliche Leipziger Zeitung“ druckte unbesonnen eine geradezu skandalöse, tendenziöse Schilderung des Vorganges ab, die ihr von ihrem Polizeiberichterzähler zugegangen war. Wegen gröblicher Beleidigung stellten die betreffenden Schmiede Strafantrag und der Redakteur der königlichen „Leipziger Zeitung“ wurde zu Strafe verurtheilt. In einem Strafverfahren gegen die betreffenden Schmiede bot sich keinerlei Anlaß.

Während der Gesetzentwurf und die „Begründung“ desselben noch den Schein zu wahren suchen, als solle das Gesetz auch auf die Unternehmer Anwendung finden, ist die „Denkschrift“ eine einzige Anklage gegen die Arbeiter. Der offensündige Terrorismus der Unternehmer ist mit keinem Worte erwähnt. Daraus geht deutlich hervor, daß es sich bei der ganzen Aktion nur handelt um ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter!

die Arbeiter, unter sich den Kampf um den großen Brocken Lustig weiter führen. Schließlich zeigt uns dieser Kampf unter den „Brüdern“, daß der Widerstreit der Interessen durch die Dinge, Kräfte, Syndikate auch nicht zu bannen ist. Das Unternehmertum wird seine wirtschaftlichen Organisationen fortgesetzt wieder verändern müssen, der Zusammenschluß wird und muß immer größere Kreise umfassen — so schreitet das Kapital prächtig weiter auf dem Wege der Konzentration.

Die russische Metallindustrie nimmt einen immer bedeutenderen Aufschwung. Nach dem „Economist“ betrugen in Rußland Produktion und Verbrauch an Eisen, Stahl, Maschinen (in Tonnen à 1000 Kilogramm):

	1898	1895	1897
Produktion	1,108,400	1,407,611	1,814,795
Verbrauch	1,530,800	2,037,911	2,689,795

Noch ist Rußland auf die deutsche und englische Eisenindustrie angewiesen. Aber wie lange noch? Im Ural, in Südrußland, Kongresspolen und Sibirien, überall warten reiche Erz- und Kohlenlager des Ausbeuteurs. Schon ist zahlreiches, besonders belgisches Kapital, an der Aufschließung der Erbschätze und nicht lange mehr, dann tritt Rußland in der Eisenbranche auf als ein gefährlicher Konkurrent der alten Industrieländer. Wie rentabel übrigens die Kapitalanlage in Rußland ist, mag man daraus ersehen, daß die Süd-Deringow-Werke (Südrußland) in den letzten 5 Jahren 170 Prozent des Anlagekapitals als Ausbeute vertheilen konnten.

Großbritanniens Roheisenproduktion betrug 1898 8,769,249 Tonnen. Den größten Antheil daran hat der Bezirk Cleveland, wo fast 45 Proz. der Gesamtmenge ihren Ursprung haben. Von den 490 großbritannischen Hochofen entfallen auf Cleveland allein 72. Das Metallgeschäft geht zur Zeit in England sehr flott, die Preise stehen fest oder gehen allmählich in die Höhe.

### Vom Schiffsbau.

Wie sehr die Gründung der „Schiffbautechnischen Gesellschaft“ (f. Nr. 22) die Zustimmung der Unternehmer im Schiffsbau und der großen Röhrengesellschaften erhalten hat, erhellt aus den außerordentlich hohen Beiträgen, die sofort zur Organisation der Gesellschaft eingezahlt wurden. Einen auf 5 Jahre berechneten Beitrag von je 7500 Mk. zahlten Blohm & Wöps, Schiffswerft in Hamburg, F. Schichau, Schiffswerft in Elbing, „Vulkan“, Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft und Schiffswerft in Bredow bei Stettin, Hamburg-Amerika-Linie, 6000 Mk. der „Norddeutsche Lloyd“ in Bremen; ferner zahlten Beiträge, deren Höhe nicht näher angegeben, der Bremer „Vulkan“, in Begejad, Schiffswerft und Maschinenfabrik Germania-Werft Goarden (Krupp), Howaldtswerke Kiel, Schiffswerft, Reichsmarinemaat und dann noch eine Reihe der großen Röhrengesellschaften.

Der Anfang einer das Unternehmertum im Schiffsbau umschließenden Organisation wäre also gemacht und bei der Thätigkeit der Unternehmer, ihre einmal geschaffenen Organisationen für ihre Zwecke so praktisch wie möglich zu gestalten, dürfte nach zwei Richtungen hin namentlich eine Thätigkeit entfalten werden.

Die Erörterung der theoretischen und wissenschaftlichen Fragen des Schiffbaues wird wohl nur der geringste Theil der Aufgabe der neuen Vereinigung sein. Defto größere Aufmerksamkeit wird aber wohl der Arbeiterschaft auf den Werften in ihrem Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, geschenkt und auch der Propaganda für neue Anwendungen des Staates für Marinezwecke gewidmet werden. Mit dankenswerther Offenheit hat die „Kreuztzg.“ kürzlich in ihrer wirtschaftlichen Beilage ihr Wissen ausgeplaudert. Da heißt es:

„Wer ein wenig hinter die Kulissen sieht, der gewahrt, daß den Schiffsbau-Interessenten in Deutschland schon jetzt bange um die Zukunft wird. Sie fürchten, dem blanken Nichts gegenüber zu stehen, sobald die nach dem festgelegten Flottenplan in Auftrag gegebenen Kriegsschiffe vom Stapel gelassen sind, da neue Aufträge nicht in naher Aussicht stehen. Mit fieberhaftem Eifer suchen sie deshalb im Holke und im Parlamente Stimmung zu machen für eine im jetzigen Tempo anhaltende Vermehrung unserer Kriegsschiffe. Der Mittelstand, wenn er bewilligt wird, kann den großen Schiffswerften natürlich keinen Ersatz bieten, da er nur kleiner Schlepper und einfacher Lastfähne bedarf. Sovieel wir sehen, herrscht aber in maßgebenden Kreisen vorläufig wenig Reizung, unseren Werften neue Aufträge über das von den verbündeten Regierungen verlangte Maß hinaus zu erwirken.“

Man sieht, daß die Herren es meißterhaft verstehen, Patriotismus und Befriedigung ihrer eigenen Plusmacherbedürfnisse zu vereinigen.

Der gute, den Arbeitern günstige Arbeitsmarkt in der Schiffbauindustrie hält an. Der Arbeitermangel macht für einen Theil der Werften bei besonderen Arbeiterkategorien sich bemerkbar, daß sie sogar in der sozialdemokratischen Presse der Berge- und Hafenstädte amvenciren. So hat jetzt die Schichau'sche Werft in Danzig Eisenbahnarbeiter und Pieter gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. W.

### Aus Oesterreich.

Auf dem zu Pflingsten in Budapest abgehaltenen Kongreß der ungarischen Gewerkschaften ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt der gewerkschaftlichen Bewegung konstatiert worden. Der Kongreß war beschickt von 62 Organisationen, welche durch 91 Delegirte vertreten wurden. Aus dem Bericht geht hervor, daß in Ungarn 80 Gewerkschaften für Industrieszweige bestehen, die 66,183 Arbeiter zählen, wobei die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht mitgezählt sind. Selbst wurde des Fachvereins der Zimmer Bergarbeiter Erwähnung gethan, der von den in den dortigen Gruben beschäftigten 2600 Bergarbeitern 2000 zu Mitgliedern zählt. Charakteristisch für die ungarischen Arbeitsverhältnisse ist, daß 160,000 in der Industrie beschäftigten Arbeiter nicht weniger als 100,000 Zeilrlinge gegenüberstellen. In den Gewerkschaften sind 19,000 Arbeiter organisiert. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Punkt 2 der Tagesordnung: a) die gewerkschaftliche Organisationsform, b) Arbeitslojen-, Reiseunterstützungs- und Herbergwesen.

Die Resolution dazu besagt, daß die bestehenden Fachvereine zu Landesvereinigungen umzugestalten seien, die das Arbeitslosen- und Reiseunterstützungswesen zu pflegen und zu diesem Behufe die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen haben. — Resolution zu Punkt 3, „Der Gewerkschaftsrath, bezweckend die Organisation eines Arbeitersekretariats“: Der Kongreß wählt ein Eifer-Komitee, dessen Aufgabe es ist, die Beschlüsse des Kongresses durchzuführen, Widerstandsklassen zu organisiren und etwaige Streikbewegungen zu überwachen, die jeweiligen Gewerkschaftskongresse vorzubereiten und einzuberufen und schließlich dahin zu trachten, daß baldigt ein Arbeitersekretariat geschaffen werde. — Resolution zu Punkt 4, Arbeiterschulungsgesetzgebung: Es ist die Revision des 1884er-Gewerbegesetzes, des Gesetzes über die Sonntagsruhe und jenes über die Unfallverhütung anzustreben, mit besonderer Betonung der Einführung einer gesetzlichen Maximalarbeitszeit von täglich zehn Stunden und einer ununterbrochenen sechs- und dreißigstündigen Sonntagsruhe; ferner soll das Kleinverdie der Gewerbeinspektion unterstellt, zur Gewerbeinspektion erfahrene Arbeiter herangezogen, Gewerbegerichte geschaffen und die obligatorische Unfallversicherung eingeführt werden. — Die Resolution zu Punkt 5, Die Fachpresse, protestirt gegen die in letztvergangener Zeit von der Regierung gegen die Arbeiterpresse verübten Maßregeln und empfiehlt die Einführung des obligatorischen Bezuges der Fachblätter durch die Fachvereinsmitglieder. — Resolution zu Punkt 6, Die Arbeitsvermittlung: Der Kongreß erklärt, er habe keine Ursache, der von der Regierung geplanten Zentralarbeitsvermittlung feindlich gegenüberzustehen, wenn in deren Verwaltung Arbeiter und Arbeitgeber gleiche Rechte haben und in Streitfällen keine Arbeit vermittelt wird; andernfalls soll der Arbeitsnachweis nach Möglichkeit von den Fachvereinen versehen werden. — Resolution zum 7. (letzten) Punkt der Tagesordnung: „Streik- und Koalitionsrecht“: Der Kongreß fordert, daß den Arbeitern gesetzlich das Recht zuerkannt werde, sich frei zu verabreden und zu koaliren, und, wenn es die Umstände erfordern, durch Streik oder Boykott besserer Arbeitsbedingungen anzustreben. Alle Verbote zur Organisation oder Unterstützung solcher Bewegungen, seien sie in Verordnungen oder Statuten ausgesprochen, sollen, als der Gerechtigkeit und dem Zeitgeiste nicht entsprechend, von der Regierung außer Kraft gesetzt werden. Der Kongreß fordert, daß die zur Förderung des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter wie immer eingeleiteten Sammlungen frei gestattet und alle hierauf bezüglichen Verordnungen und Verbote aufgehoben werden. Der Kongreß fordert ferner die ausdrückliche Anerkennung des Widerstandsrechtes der Arbeiter zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen. Die Streikklausel in den Fachvereinsstatuten soll aufgehoben und an deren Stelle ausdrücklich erklärt werden, daß im Lohnkampf stehende Mitglieder aus Vereinsmitteln unterstützt werden dürfen. —

Wunder erfreuliche Resultate zeitigte der zu Pflingsten in Wien abgehaltene Kongreß der Maschinisten, Maschinenwärter und Feizer. Diese Branchenangehörigen standen bis Neujahr im Gegenständigkeitsverhältnis zum Verband der Oesterreichischen Metallarbeiter, welches von ihnen deshalb gelöst wurde, weil seitens des Verbandes einem statutarisch nicht genußberechtigten Mitgliede der Rechtschutz verweigert wurde und weil angeblich der „Oesterr. Metallarbeiter“ nichts aus den Kreisen der Maschinisten bringe. Dabei zählt jetzt der Metallarbeiterverband 600 Maschinisten und Feizer zu seinen Mitgliedern, weit mehr als alle Fachvereine dieser Gruppe zusammen. Der Sachtag war von 10 Orten besichtigt, im Ganzen waren 19 Delegirte anwesend, wovon auf Wien allein 8 Mandate entfielen. Sehr bezeichnend für den Geist, der auf diesem Sachtage herrschte, ist, daß der Referent über den dritten Punkt der Tagesordnung — Arbeiterschutz und Prüfungswesen — von denjenigen Maschinisten, die als ungelernete Arbeiter sich die Eignung zu ihrem verantwortungsvollen Dienste erworben hatten, in einer Weise sprach welche einem der reaktionärsten Juntribruder alle Ehre machen würde. In der Debatte über die Organisationsfrage machte sich der Standesdünkel in sehr hohem Maße bemerkbar und wurde schließlich die Gründung eines Reichsverbandes beschloffen. Die bestehenden Maschinistenvereine sollen nun auch die in den Bergwerken beschäftigten Schloffer und Schmiede heranziehen und zu organisiren suchen. Aus dem Verlaufe des Kongresses läßt sich schließen, daß die Organisation größere Bedeutung niemals zukommen wird.

Der Metallarbeiterverband veröffentlicht neben seine Abrechnung für das abgelaufene Vereinsjahr. Die Gesamtentnahmen belaufen sich mit dem Vortrage auf 232,31 Kronen, die Ausgaben betragen 162,177 Kronen. Neu beigetreten sind 9823 Mitglieder, wegen Nichtzahlung der Beiträge wurden beinahe ebensoviele gestrichen, so daß der Zuwachs an Mitgliedern kein großer ist. Von Interesse ist, daß die Zahl der auf Arbeitslosenunterstützung versicherter Mitglieder immer zunimmt und jene großen Schwankungen nicht aufweist, als die hierauf nicht versicherte Mitgliederklasse. Es seien hier die wichtigsten Posten hervorgehoben: Einnahmen: 9823 Beitrittsgebühren = 5,895 Kronen, 291,128 Beiträge (Arbeitslosenversicherung) 93,160 Kronen, 295,391 Beiträge (ohne Arbeitslosenversicherung) 59,078 Kr. Hieraus ist zu entnehmen, daß diese beiden Klassen beinahe gleich stark sind. Die Ausgaben vertheilen sich: Sachblatt 31,432 Kr., Agitation 13,972 Kr., Arbeitslosenunterstützung 21,676 Kr., Reiseunterstützung 9,696 Kr., Nothfallunterstützung 855 Kronen u. s. u. In Unterstütionen wurden insgesamt 33,071 Kronen ausgezahlt. Der Rechtschutz verursachte Kosten in Höhe von 2,344 Kronen. Die Arbeitsvermittlung kostete 3,899 Kronen. Die Kapitalanlage betrug circa 10,000 Kr., die Verwaltung verursachte Ausgaben in der Höhe von 29,048 Kr., der Vermögensstand am 31. Dez. betrug 101,616 Kr. Ortsgruppen existirten am 1. Jan. 1898 118, im Laufe des Jahres wurden 24 gegründet und 8 aufgelöst, so daß Ende 1898 134 Ortsgruppen bestanden. Der Verband zählt ohne die im Verbandsverhältnisse stehenden Fachvereine 13,164 Mitglieder. Im Verbandsverhältnis standen im Jahre 1898 folgende Fachvereine: Former Niederösterreicher, Modelldischer, Gürtler und Bronzearbeiter, Juweliere (im Laufe des Jahres ausgetreten), Maschinisten (im Laufe des Jahres ausgetreten), Uhrmacher, Elektromonteur, Senfearbeiter in Kinnberg, Metallarbeiter in Krakau (durch den Ausnahmezustand unterdrückt), Metallarbeiter Schlessen, Metallarbeiter Böhmens. Aus dem Rechenschaftsberichte geht hervor, daß der Metallarbeiterverband,

### Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Unsere Großindustriellen der Eisen- und Stahlbranche sind mit den heutigen glänzenden Geisteserzeugnissen noch nicht zufrieden. Sie wollen versuchen, die Produktionskosten zu verringern, indem sie sich vom Kohlen- und Koksyndikat frei machen. Besonders die rüchmüthigsten Eisenwerke bestreben sich, die Kohlenpreise mit ihren Werken zu vereinigen. Dadurch verringern sich die Preise der Kohlen, die durch das Syndikat bedeutend gesteigert werden, für diese Werke natürlich auch ganz enorm. Dabei ist das Kohlenyndikat mit diesen Fassionsversuchen wenig erwerfunden. Es macht wieder von der alten Praxis Gebrauch, denjenigen Abnehmern, die von noch anderen Lieferanten als dem Syndikat Kohlen übernehmen wollen, keine Syndikatkohlen zu liefern. Dieser Terrorismus veranlaßt eine Anzahl Werke, von beabsichtigten Beschaffungen Abstand zu nehmen. Das Kohlenyndikat diktiert nicht nur die Preise, es zwingt die Abnehmer thatsächlich, sich bei ihren geschäftlichen Maßnahmen den „Wünschen“ des Syndikats zu fügen. Ob sich ein Staatsanwalt findet, der gegen diesen Terrorismus einschreitet, ist wohl kaum zu befürchten. Wir gratuliren den Syndikatsherren, daß sie keine Arbeiter sind! — Das Kohlenyndikat hat übrigens bereits ein Gutachten des Rechtsanwalts Dr. Wolf-Engen eingeholt. Nach diesem Gutachten sind die Werke verpflichtet, für die auf den erworbenen Gruben geförderten Kohlenmengen die vertragsmäßigen Abgaben an das Syndikat (pro Tonne 0.50 Mk) zu zahlen. Man darf gespannt sein, ob sich die Werke dem Begehren des Syndikats ohne Weiteres fügen werden. So viel ist sicher: Würden die Arbeiterverbände zu ähnlichen Maßnahmen sich verweigern, in der Unternehmerpresse gäbe es ein wildes Geschrei über Terrorismus der Arbeiter.

Die angeführten Transaktionen, die Befolge zu derselben, zeigen den Arbeitern wieder recht klar, wie die Unternehmer fortgesetzt sich bemühen, den Goldfluß in ihre Taschen immer noch mehr zu fegern. — Ob die Arbeiterthätigkeit sich ein Beispiel davon nimmt? — Wir sehen aber auch, daß die Unternehmer trotz ihres geschlossenen Zusammenstehens gegen



trotz der Krise, die er in letzter Zeit durchzumachen hatte, gefestigter denn je ist und eine größere Mitgliederzahl als zu irgend einer Periode aufweist.

In der Metallindustrie macht sich jetzt eine stärkere Bewegung bemerkbar und zahlreiche Konflikte sind bereits ausgebrochen oder stehen bevor. Die Differenzen in den Werken der Alpinen Montangesellschaft erscheinen noch nicht beigelegt.

Zum Torgelower Streik.

Im Laufe der vergangenen Woche (3. bis 10. Juni) fanden vier Versuche zur Beilegung des Ausstandes statt. Zweimal verhandelten die Arbeiter selbst, und zweimal Vertreter der Organisationen.

Die Arbeiter waren vor der Verhandlung sich dahin einig geworden, daß von der zuerst geplanten Lohnerhöhung man sich etwas abhandeln lassen wolle, und auch, wenn dadurch der Friede herbeigeführt werden kann, auf die Wiedereinstellung der zwei Former zu verzichten.

Am Sonnabend (10. Juni) fand nun eine Versammlung statt behufs Berichterstattung. Die Referenten Kamini und Koblack enthielten sich jeder Einwirkung, und so fand Abstimmung nur unter den Streikenden statt.

Es wird daher an dieser Stelle die Bitte wiederholt, zur Unterstützung der Unorganisierten beitragen zu wollen, da der Kampf ohne diese Unterstützung einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Einem sowohl von der letzten Generalversammlung als auch von verschiedenen Verwaltungsstellen geäußertem Wunsche Rechnung tragend, beabsichtigt der Vorstand die Herausgabe einer Aufklärungsschrift: Die Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband, die von den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten den Mitgliedern gratis zugestellt werden soll.

Bezüglich der Protokolle der 4. Generalversammlung in Halle machen wir bekannt, daß die erste Auflage von 10,000 Exemplaren vollständig vergriffen ist und die weitere Expedition von Protokollen erst nach Fertigstellung der im Druck befindlichen weiteren Auflage erfolgen kann.

Den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten sind im Laufe dieser Woche Einzahlungslisten für freiwillige Beiträge zur Unterstützung der ausgesperrten dänischen Metallarbeiter zugegangen und wollen Die-

jenigen, die diese Sendungen noch nicht erhalten haben, dies sofort nach hier mittheilen.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 96635 des Formers Ernst Dietrich geb. zu Gammstatt am 17. September 1876.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts wegen Streikbruchs: auf Antrag der Verwaltungsstelle München, Sektion der ? Friedr. Schweiger, geb. in München am 30. Januar 1878, B.N. 119,444;

Der Unterkassier Schlosser Wilhelm Säneburg, geb. zu Schneckenburg am 18. Januar 1879, B. Nr. 168 816, ist mit M. 34,80 für Beitragsmarken ohne Abrechnung zu legen verschwunden; er wird hierdurch zur Rechnungslegung an die Verwaltung in Hainholz aufgefordert, andernfalls sein Ausschluß erfolgt.

Der Schlosser Karl Schod, geb. zu Sulgries am 30. März 1881, eingetreten am 20. Februar 1899 in Eßlingen, wird aufgefordert, sich schriftlich beim Vorstand wegen eines ihm zur Last gelegten Markendiebstahls zu rechtfertigen, andernfalls sein Ausschluß aus dem Verband erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Hedlarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Mai 1899 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Ahlen i. W. M. 29,60. Alfeld a. d. R. 20. Altenburg 800. Altona 400. Anklam 15,12. Aue i. S. 26. Baugen 19. Berlin 11,440. Bernburg 150. Bötzingen 52,80. Brake a. W. 12,11. Brandenburg 1200. Braunschweig: Feilenhauer 10, Schlosser 300. Bremen 200. Breslau 250. Cannstatt: Allg. 200, Former 120. Cassel 150. Cottbus 100. Crefeld 100. Dessau 100. Dresden 1600. Düsseldorf 200. Eilenburg 100. Eisenberg 71,60. Finsterwalde 130. Fleisburg 200. Frankenthal 200. Frankfurt a. M. 600. Freiburg i. Br., Fahrradarbeiter 155,60. Fürth: Allg. 200, Schläger 400. Gabelnz 100. Gera 100. Görlitz 200. Gotha 100. Großsch 100. Großschönau 66,78. Güstrow 30,60. Halberstadt 100. Halle a. S.: Allg. 200, Feilenhauer 22,27, Former 400. Hameln 30. Hannover: Allg. 400, Klempner 80. Harburg 310. Höchst a. M. 70. Heseloh 100. Jychoe 60. Kaiserlautern 200. Köln 60. Langenberg 43,60. Leer 100. Leipzig 1200. Leisnig 20. Linden 200. Magdeburg: 800, Sudenburg 400. Mannheim 1500. Meissen 80. Merseburg 200. Mühlhausen i. Thür. 84. München: Metallgießer 100, Schlosser 1300. Muskau 61. Nürnberg, Glascher 500, Oberstein 179. Oemshausen 14. Offenbach a. M. 400. Penig 45. Pirmasens 27,45. Pirna 66,12. Plauen i. B. 100. Pröben 200. Quedlinburg 203,05. Riesa 100. Rohlau 60. Ruhla 9,93. Saalfeld 100. Salzgungen 0,40. Sangerhausen 100. Spremberg 30. Schmolln 21. Schmigling-Doos 100. Schweidnitz 90. Stettin 200. Stuttgart: Allgem. 500, Former 141,15, Schmiede 121,50. Tüftlingen 100. Varel 20. Vegeack 80. Velbert 100. Zeitz 300. Zeulenroda 163,28. Zwickau 100. Für Ersatzbücher 4,20. Schern's Reichshandbücher 12. Protokolle der 4. ordentl. Generalversammlung 19,50. Schwarzwaldfeststücken 0,60. Bezahltes Porto 0,40.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Offenbach a. M. In der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Former wurde nach einer Diskussion über die Beschlüsse der Generalversammlung beschloffen, kräftig für den Verband zu agitieren, damit sich alle Kollegen dem Verbands anschließen.

Stuttgart. Schon seit einiger Zeit macht es sich der Herr Kommerzienrath Kuhn (der württembergische Eisensönig) zur Aufgabe, mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen die Organisation der Arbeiter anzukämpfen.

Fabrik zu richten, weil wir im Voraus wußten, daß Heilbronner Modelle, wenn solche nach Stuttgart kommen, nur bei Kuhn gefertigt werden würden. An für alle Fälle gerüstet zu sein, hielten wir Werkstättenversammlungen ab, um die unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen für dieselbe zu interessieren.

Klempner.

Cöln a. Rh. Zuzug von Klempnern ist fernzuhalten, da wir in den nächsten Tagen in eine Lohnbewegung eintreten. Bericht folgt.

Hannover. Die hiesigen Klempner sind in eine Lohnbewegung eingetreten, weshalb Zuzug fernzuhalten ist. Weiterer Bericht folgt.

Wiesbaden. Die letzte Mitgliederversammlung der Spengler beschäftigte sich hauptsächlich mit dem folgenden Arbeitsvertrag der Firma Nil. Kölich und wurde beschloffen, denselben zu veröffentlichen: Arbeits-Vertrag. Zwischen dem Arbeitgeber Nikol. Kölich zu Wiesbaden und dem Arbeiter N. N. von N. ist heute folgender Vertrag vereinbart worden. § 1. Der unterzeichnete Arbeiter tritt heute in das Geschäft des Nil. Kölich ein und zwar wird derselbe vorerst auf eine vierzehntägige Probezeit bezüglich seiner Arbeitsleistung eingestellt.



lassen. § 3. Dem Arbeiter steht das Recht zu, ebenfalls ohne jede Kündigung aus dem Geschäft des Nikol. Kölsch auszutreten, jedoch nur am Ende einer Woche, also nur Samstags. Sollte der Arbeiter jedoch durch unvorhergesehene Umstände gezwungen sein, seine Arbeit verlassen zu müssen, so kann mit Zustimmung des Arbeitgebers auch an einem andern Tage der Woche der Austritt erfolgen. (Sehr gnädig! Herr N. aber kann unter allen Umständen sofort entlassen!) § 4. Der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter jederzeit anständig und ruhig entgegenzukommen, sobald der Arbeiter seine Pflicht und Schuldigkeit voll und ganz erfüllt. Dasselbe muß der Arbeiter auch dem Prinzipal und dessen Personal gegenüber voll und ganz erfüllen. Der Arbeiter hat die Aufträge, welche derselbe seitens des Geschäftsführers erhält, pünktlich und gewissenhaft auszuführen; ebenso bei den Kunden artig und zuvorkommend zu sein. Für fehlerhafte oder mangelhafte ausgeführte Arbeiten wird dem Arbeiter nicht nur das unbrauchbare Material, sondern auch der hierfür gezahlte Arbeitslohn abgezogen. Differenzen zwischen dem Arbeiter und Kunden schlichtet nur der Arbeitgeber allein ohne jede weitere Einmischung anderer Personen oder des Gerichts. § 5. Sobald dem Arbeiter von dem Geschäft Werkzeuge, Arbeitsstücke und Material übergeben sind, ist der Arbeiter für alle und jegliche Schäden verantwortlich. Die Arbeitsdauer bestimmt der Nikol. Kölsch oder dessen Vertreter und muß der Arbeiter pünktlich zu der festgesetzten Zeit in der Werkstätte oder an der Arbeitsstelle sein. Jede Zeitversäumnis wird dem Arbeiter nach dem bedingenen Lohn ohne jede Widerrede des Arbeiters abgezogen. Ueberstunden werden genau nach dem bedingenen Lohn ausbezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten ist ebenfalls genau die festgesetzte Zeit einzuhalten. Dem Arbeiter ist es strengstens untersagt, Arbeiten für eigene Rechnung oder für fremde Personen auszuführen. Vergehen dieser Art werden mit sofortiger Dienstentlassung bestraft. § 6. Die Festsetzung des Arbeitslohns wird vom Arbeitgeber bestimmt unter Zustimmung des Arbeiters. Der Arbeitslohn richtet sich nach der Leistung des Arbeiters, und ist es dem Arbeiter unbenommen (zu gnädig!), ob er für den arbeitslosen Lohn arbeiten will oder nicht. Für jeden Schaden, welcher dem Arbeitgeber oder dessen Kunden durch Nachlässigkeit, Ungeächlichkeit oder Verschwendung des Arbeiters erwächst, ist der Arbeiter voll und ganz verantwortlich. Dem Arbeitgeber steht das Recht zu, den Lohn des Arbeiters zurück zu halten, bis der Schaden seitens des Arbeiters oder dessen Stellvertreter festgestellt ist. § 7. Als Kaution für event. Schäden werden dem eingetretenen Arbeiter 15 M in halbmönatlichen Abzügen von 1 M des Arbeitslohnes entnommen und nachdem 15 M voll sind, mit 3 Prozent pro Jahr verzinst. Beim Austritt werden demselben die deponierten 15 M nebst Zinsen zurückerstattet. § 8. Das Rauchen ist sowohl in der Werkstätte, als auch bei der Arbeit außerhalb in Privatwohnungen strengstens untersagt. Zuwiderhandlungen werden im ersten Fall mit 50 J, bei Wiederholung mit 1 M geahndet. § 9. Die Zeit für Frühstück, Mittagessen und Vesperzeit bestimmt nur der Arbeitgeber, ebenso die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen. An Sonn- und Feiertagen muß der Arbeiter abwechselnd mit den übrigen Arbeitern Vormittags in der Werkstätte sein, damit jederzeit ein Auftrag ausgeführt werden kann. Im Verhinderungsfalle hat der Betreffende sich einen Stellvertreter aus seinen Mitarbeitern zu bestellen. . . . § 11. Für die dem Arbeiter übergebenen Werkzeuge, sowie die Innehaltung derselben und seines Arbeitsplatzes, hat derselbe voll und ganz aufzukommen und jeden Schaden für abhandeln gekommenes Werkzeug oder Material zu ersetzen. Für Werkzeuge, welche beim Arbeiten entzogen gehen, ohne Verschulden des Arbeiters, hat derselbe nicht aufzukommen. (Wirklich?) § 12. Die Auszahlung des Arbeitslohnes geschieht alle 14 Tage und zwar am 1. und 16. des Monats. Dem Arbeiter können zwischenzeitliche Vorschüsse gewährt werden; ein Recht, Vorschüsse zu verlangen, hat der Arbeiter nicht. Bei Unfällen, wodurch der Geschäftsbetrieb gehindert wird, hat der Arbeiter keinen Anspruch auf Lohn oder Vergütung zu erheben. — Der Wortlaut dieses Vertrags überhebt uns einer Kritik. Herr Kölsch ist in der That ein Muster-Arbeitgeber. Nun noch einiges über die Verhältnisse bei ihm. Herr Nikol. Kölsch, Installateur für Gas- und Wasseranlagen und elektrische Beleuchtungen, ist Hoflieferant. Er beschäftigt zur Zeit ungefähr 15 bis 20 Mann Installateure und ebensoviele Wandere Arbeiter im elektrischen Fache. Eine Arbeitsordnung hängt im Geschäft nicht aus, ebenso ist kein Vertrag von der unteren Verwaltungsbehörde genehmigt. Ein Verzeichnis über die Strafgelder und deren Verwendung hat noch kein Arbeiter gesehen, diese wissen überhaupt nicht, wozu dieselben verwendet werden. Auch besteht kein Arbeiterausweis. Bezüglich des § 12 erklärte Herr Kölsch sich in der vorjährigen Lohnbewegung bereit, Vorschüsse bis in der Höhe des Lohnes zu geben; es traf sich nun, daß am Pfingstmontag keiner der Arbeiter Vorschuss bekam und sie saßen alle ohne Geld waren. — Zufällig bekam ich im Laufe dieser Woche noch einen Vertrag in die Hände und zwar für „bessere“ Arbeiter. Derselbe lautet: „Zwischen der Firma Nikol. Kölsch zu Wiesbaden einerseits und (Monteur, Installateur) N. N. andererseits ist heute nachstehender Vertrag vereinbart und abgeschlossen worden: § 1. Herr N. N. verpflichtet sich, auf die Dauer eines Jahres von heute ab bei der Firma Nikol. Kölsch in Stellung zu bleiben und verpflichtet zugleich, ehrlich, treu und fleißig zu sein, die ihm übertragenen Arbeiten und Leistungen gewissenhaft und gut auszuführen, sowie den Anordnungen seitens der Firma und deren Angehörigen pünktlich Folge zu leisten. § 2. Die Firma Nikol. Kölsch verpflichtet sich, den (Installateur, Monteur) N. N. während der Dauer dieses Vertrages zu beschäftigen, selbst dann auch, wenn ein Mangel an Arbeit und Beschäftigung eintreten sollte. Eine Kündigung innerhalb der Dauer dieses Vertrages kann von keiner Seite erfolgen, es sei denn, daß von beiden Seiten durch gütliches Uebereinkommen die Aufhebung des Vertrages gemeinsam beschlossen wird. § 3. Sollte von einer der Parteien der Vertrag gebrochen werden, so hat, wenn dies von Seiten der Firma Nikol. Kölsch geschieht, dieser an den (Installateur, Monteur) N. N. eine Konventionalstrafe in Höhe seines wöchentlichen Arbeitslohnes zu erlegen. Erfolgt ein Vertragsbruch seitens des N. N., so hat letzterer die gleiche Summe an die Firma Nikol. Kölsch zu zahlen, resp. den noch nicht ausgezahlten Lohn für sich als Abgeltung zu behalten. § 4. Vor Ablauf des Vertrags

ist von beiden Seiten eine Kündigungsfrist von 1 Monat festgesetzt. Ist diese Frist nicht genau inne gehalten worden, so läuft der Vertrag auf ein Jahr weiter. Für den Fall einer Mobilmachung, wo einer der Kontrahenten zum Heer eingezogen wird, gilt der Vertrag als aufgelöst. Vorübergehende Krankheit oder Unglücksfälle des Arbeiters lösen den Vertrag nicht auf. Nach Verbringen eines ärztlichen Gesundheitsattests kann der Kontrahent wieder in seine Stellung treten. § 5. Die Festsetzung des Arbeitslohnes geschieht wie im § 6 des Arbeitsvertrags, welcher nach wie vor in Kraft bleibt. Eine Lohn Differenz involviert weder die Kündigung noch die Vertragsdauer. Im Uebrigen gilt der bei der Einstellung eines jeden Arbeiters gedruckte Arbeitsvertrag der Firma mit der einzigen Ausnahme, daß der im § 2 angeführte Schlußsatz: „Der Arbeitgeber kann den Arbeiter ohne vorherige Kündigung zu jeder Zeit entlassen“, sowie der ganze § 3: „Dem Arbeiter steht das Recht zu, ebenfalls ohne jede Kündigung aus dem Geschäft des Nikol. Kölsch auszutreten, zc. wegfällt.“

**Metall-Arbeiter.**

**Berlin.** Am 5. Juni tagte eine stark besuchte Generalversammlung, in welcher Räder über die gegenwärtigen Kämpfe der Metallarbeiter in Deutschland und Dänemark referierte. Seit einigen Wochen spielen sich in einer großen Zahl deutscher Orte heftige Kämpfe ab, wie denn das Jahr 1899 verpflückt, ein Streikjahr ersten Ranges zu werden. In den letzten Tagen sind noch weitere Differenzen eingetreten, besonders in Torgelow, Sauchhammer zc., durch welche auch die Interessen der Berliner Kollegen berührt werden. Besonders der Kampf in Torgelow, an dem nach Ablauf der Kündigungsfrist 622 Personen beteiligt sein werden, dürfte sich sehr hartnäckig gestalten. Da verschiedene Arbeiten bereits in Berliner Werkereien aufsuchten, so haben die hiesigen Arbeiter angefordert, welche bisher in Berlin nicht gesehen liegen, zu verweigern. An diesem Beschluß sind 1100 Berliner Eisenformer interessiert. Nach den Erfahrungen von 1897 müssen wir auf alle hieraus entstehenden Eventualitäten gerüstet sein. Aber auch in den Sauchhammerwerken ist der Ausbruch des Kampfes, an dem bis zu 2300 Personen beteiligt sein dürften, nur verschoben. Die Erbitterung der Arbeiter läßt sich jedoch nicht mehr eindämmen und dürfte es auch dort binnen Kurzem zum Ausbruch kommen, besonders Angesichts dessen, daß die Werkleitung die Leiter der Organisation in jeder Weise maßregelt. Ferner aber erwarten auch unsere dänischen Kollegen, die in großer Zahl ausgeheert worden sind, unsere finanzielle Unterstützung. Um allen diesen Anforderungen gerüstet gegenüber zu stehen, sind Sammellisten und Marken verausgabt worden. Nedner beantragt, 3000 M aus der Volkasse der Berliner Verwaltungsstelle für die dänischen Maschinenbauer zu bewilligen und gibt weiter bekannt, daß aus dem Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter ebenfalls 2000 M hierzu zur Verfügung gestellt werden müßten. Von dem Ertrag der Sammlungen soll den dänischen Kollegen wöchentlich eine entsprechende Summe übermittelt werden. — Der Vorsitzende des dänischen Maschinenbauerverbandes, Hansen aus Kopenhagen, gibt alsdann einen kurzen Bericht über den Stand der Ausperrung in Dänemark. Die Vorschläge Räder's werden ohne Debatte einstimmig angenommen, wofür Hansen im Namen seiner Kollegen seinen Dank abstattet. — Zum 2. Punkt, das Ortsstatut betreffend, erstattet Räder Bericht und wird ohne Diskussion mit allen gegen 3 Stimmen der § 2 des Ortsstatuts in der vorgeschlagenen Fassung angenommen. Der § 2 lautet nunmehr: „Bei Streiks oder Maßregelungen wird den dabei beteiligten Verbandsmitgliedern, sofern sie mindestens 26 Wochen dem Verband angehören und ihre Beiträge entrichtet haben, eine wöchentliche Unterstützung von 14 M für männliche und 8 M für weibliche Mitglieder gewährt. An Nichtvollberechtigten sowie Nichtmitgliedern wird gezahlt ein Verbehaltszins 12 M, an Unverheiratete 10 M pro Woche.“ Diese Bestimmungen treten am 1. Juli in Kraft. Die Unterstützung der Nichtvollberechtigten, sowie der Nichtmitglieder fällt der Volkasse bezug, dem Unterstützungsfonds der Berliner Metallarbeiter zur Last. — Ein Antrag, die Bibliothek betreffend, wird der Ortsverwaltung zur Verfügung übergeben. — Drei weitere Anträge, die Einladungen der Vertrauensleute, den Arbeitsnachweis, sowie die Kranzpenden für verstorbene Kollegen betz., werden nach längerer Diskussion abgelehnt. — Zum Schluß wurde darauf anmerksam gemacht, daß Sammellisten und Marken bei den Vertrauensleuten und Kassierern, sowie im Bureau, Amersstraße 39, erhältlich sind.

**Dresden.** Herr Maschinenfabrikant Schröder in Sächswitz bei Königsbrunn hat, wie es scheint, doch Angst bekommen, daß ihm die Arbeiter davon gehen könnten und hat die Löhne etwas erhöht. Es erhielt früher ein Schmiech 27 J per Stunde, jetzt 29 J, ein Dreher 30 J per Stunde, jetzt 32 J, und Andere erhielten noch eine geringe Zulage; die Löhne stellen sich im Ganzen nun so, daß jetzt erhalten: 2 Mann 32 J, 4 30 J, 1 29 J, 3 27 J, 1 Mann 25 J. Allein trotz dieser Lohnerhöhung werden wohl sehr wenig Arbeiter Lust haben, in Sächswitz ihr Domizil aufzuschlagen.

**Freiburg i. Schl.** Das Kapital konzentriert sich! Folgende Uhrenfabriken sind in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden: Firma S. Beder (nebt den dazu gehörigen Fabriken in Braunau in Böhmen), Firma A. Billmann & Comp., Firma Germania, Concordia, Doppel & Comp., E. Böhm. — Möchte dieser Fall ein Ansporn sein für die hiesigen Verbandskollegen, die Organisation besser auszubauen!

**Saßauersburg-Loßheim.** Am 28. Mai fand eine öffentliche Versammlung in Osthausen statt, die sehr gut besucht war; zu derselben waren auch die eingeladenen Zahlstellen der nächsten Umgebung durch Delegierte vertreten: Mainz und Weßmann, sowie die Vereinigung der Schmiede, Zahlstelle Mainz, und der Verband der Fabrik-, Hand-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Loßheim. Es wurde einstimmig beschlossen, in eine Lokalbewegung einzutreten, nachdem verschiedene Nedner die Missstände und Lohnverhältnisse in der Grumer-Weißer Fabrik kritisiert hätten. Zu diesem Behufe wurde eine Kommission von sieben Mann gewählt, die die nötigen Vorarbeiten zu besorgen hat.

**Greiflich.** Die Sperre über die Schloßfabrik von E. Stengler bezieht nach wie vor. Herrn Stengler scheint die

Sperre sehr unangenehm zu sein, denn er bemüht sich, von den bei ihm arbeitenden Verbandskollegen eine Werkstellensammlung wegen Aufhebung der Sperre einberufen zu lassen. Doch Alles vergeblich, selbst das Anerbieten von einem Hektoliter Bier war wirkungslos. Der frühere Verbandskollege Brendel sucht Herrn Stengler gute Dienste zu leisten, indem er sich bemüht, ihm Arbeitskräfte zu beschaffen. — Bezug nach Greiflich ist fernzuhalten!

**Heidelberg.** Bezug von Bauschlossern ist fernzuhalten Bericht folgt.

**Hildburghausen.** Vor ungefähr einem halben Jahr wurde hier eine Zahlstelle des M.-B. gegründet und haben sich bis jetzt 20 Mitglieder gemeldet. Es wäre aber die höchste Zeit, daß sich alle hiesigen Kollegen Mann für Mann dem Verbands anschließen würden, um die hiesigen Verhältnisse endlich besser gestalten zu können. — In der Bodenstein'schen Metallwaarenfabrik wird die Schleiferei mit Wasserkraft betrieben; bei trockener Witterung können die Arbeiter nur die halbe Woche beschäftigt werden, daher verdienen sie die Woche nur 10—12 M. Herr Bodenstein hat aber auch eine Maschine stehen. Kommt nun ein Arbeiter zu ihm, wenn kein Wasser mehr vorhanden ist und ersucht ihn, doch die Maschine in Betrieb zu setzen, ruft er Himmel und Hölle zu Hilfe, das koste ihm zu viel Geld. — So ist es aber hier im Allgemeinen, daher kann ein Messerschmied, wenn er nicht die halbe Nacht zu Hause arbeitet, überhaupt nicht existieren. Daher, Metallarbeiter von Hildburghausen, tretet alle, Mann für Mann ein in den Verband, denn vereinzelt sind wir nichts, aber geschlossen sind wir eine Macht.

**Krefeld.** Am 31. Mai hielt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Krefeld, veranlaßt durch den Aufruf der Münchener Zinngießer, eine öffentliche Zinngießerversammlung ab. Kollege Spiegel-Düsseldorf führte den Kollegen vor Augen, daß sie ihre Lage nur durch eine feste Organisation verbessern könnten und empfahl ihnen den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband. In der Diskussion trat ein Hirsch-Dunderländer gegen den Koll. Spiegel auf, doch wurde demselben durch Thatsachen das Gegentheil seiner Ausführungen bewiesen, so daß er sich zufrieden geben mußte.

**Münster.** In der Schleiferei von Dellmuth haben sämtliche Gehilfen die Arbeit niedergelegt, da D. sie zwingen wollte, Akkorde zu übernehmen, bei denen ein Auskommen unmöglich ist. Bezug ist fernzuhalten.

**Oggersheim.** Die hiesigen Gewerkschaften haben eine Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hat, Beschwerden, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen, zu erledigen, Streitigkeiten zu schlichten, sowie in gewerblichen Fragen und im Versicherungsweisen Auskunft zu erteilen. Zu den regelmäßigen monatlichen Sitzungen sollen auch die Gewerbergerichtsberechtigten zugezogen werden. Vorsitzender der Kommission ist Peter Gremer, der zu jeder Auskunft bereit ist.

**Osnabrück.** Die am 3. Juni abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Halle'schen Generalversammlung. Man mißbilligte die Ablehnung der Urabstimmung, die Haltung des Vorstandes bei der Durchführung der Arbeitslosenunterstützung, die Erhöhung der Beamtengehälter und der Diäten. Mit 33 gegen 19 Stimmen beschloß die Versammlung, dem Verbands vorläufig treu zu bleiben, protestierte jedoch einstimmig gegen die Beschlüsse der Generalversammlung. — Zum Schluß protestierte die Versammlung noch gegen Kürzung der Berichte, die an die Redaktion gelangt werden. (Dieser Protest richtet sich auch gegen die Beschlüsse der Generalversammlungen, der Braunschweiger und der Halle'schen, die es der Redaktion zur Pflicht machen, die Berichte zu kürzen und überflüssige in den Druck zu befördern! Red.)

**Reichenbach i. N.** Der Chef der Maschinenfabrik von F. C. Braun, Herr Heinrich Braun, erlaubte sich, einer Former in die Seite zu stoßen und zu maulschellen, daß die Krüge vom Kopfe fiel. Er rempelte ihn mit den Worten an: „Mach', daß du die Arbeit kommst. Wenn die 14 Tage rum und hast zu wenig verdient, da hast ihr die große Gnuß.“ Bei solcher Behandlung überlegen sich's die Kollegen, ob es noch weiter so fort gehen kann. Die Gemüther sind in großer Aufregung. Herr Braun wird in Zukunft eine derartige Behandlung zu unterlassen haben. — Am 26. Mai hatte ein Kollege zu einem Begräbniß zu gehen und hatte das seinem Monteur gesagt. Sonntagabend früh wurde er sofort entlassen und zwar von Herrn Rob. Braun, über dessen Behandlung ebenfalls sehr geklagt wird. Schlosser verdienen ganze 11,40 J, und müssen noch dazu bei vierfacher Aufsicht schwangen. Kollegen, erkernt eure Lage und tretet ein in unsere Reihen, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

**Stuttlingen.** Am 3. Juni hielt die hiesige Zahlstelle eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Herrmann aus Stuttgart über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung referierte. Nedner schilderte die Vorschläge einer im Unterstützungsweisen gut ausgebauten Organisation. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung des D. M.-B., Zahlstelle Tuttlingen, erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden und erklärt auch, ferner für den Verband thätig einzutreten.“ Im Schlußwort nahm Genosse Herrmann die folgenden veröffentlichte Abrechnung der Aktiengesellschaft für Feinmechanik etwas unter die Lupe. Die Gesellschaft hatte in 1 1/2 Jahren bei einem Aktienkapital von 2,580,000 Mark einen Reingewinn von 591,416,95 Mk., also rund 23 Proz. Sie bringt nach den üblichen Abschreibungen für die Aktien erster und zweiter Emission eine Dividende von 18 Proz. für die dritte Emission eine solche von 6 Proz. zur Verteilung. Dem Spezialreserfonds wurden 60,000 Mk. überwiesen, dem Unterstützungsfond 5000 Mk. Besten ist aber in der Hauptsache für die Herren Beamten bestimmt. Für 650,000 Mk. Aktien werden zum Kurs von 150 umgelegt. Die Aktionäre können also für ihre „Mühe“ einen ganz schönen Entbehrungslohn einstecken. Kommt aber ein Arbeiter und will für einen Artikel etwas mehr haben, dann heißt: wir können unbedingt nicht, wir bezahlen das Aeußerste. Es ist das alte Bild: auf der einen Seite Hiesensummen maßlos verdient, auf der andern Seite schufteten und schinden für einen kaum ausreichenden Lohn. Auf ihr Metallarbeiter Tuttlingens, schließt euch immer noch mehr der Organisation an, bejaht fleißig unsere Versammlungen, und ihr werdet im Starbe sein, auch für euch bessere Lebensbedingungen zu erringen.



**Meinung.** In der am 3. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Sperre über die hiesige Waggonfabrik aufgehoben, obwohl nicht alle Forderungen bewilligt wurden. Es ist wenigstens eine Lohnerhöhung erzielt worden; natürlich liegt deshalb der Verband dem Herrn Direktor sowie Werksführern schwer im Magen. — Der Vorsitzende verlas einen Brief der Torgelower Kollegen und forderte auf, dieselben durch eine vorzunehmende Sammlung zu unterstützen. Es wurden 20  $\mathcal{M}$  gesammelt, welche an den Hauptvorstand gesandt wurden. Unwesend waren ca. 50 Mitglieder.

**Feilenhauer.**

**Chemnitz.** Am 31. Mai hielten die streikenden Feilenhauer und Schleifer eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Wie weit sind die Verhandlungen der Kommission mit den Arbeitgebern gediehen? Kollege Nickel erstattete folgenden Bericht: Nachdem die Kommission mit den Meistern bereits am 26. Mai über den Pantarif verhandelte und zu einem günstigen Resultat gelangte, behielten sich die anwesenden Meister Stief und Fomm vor, noch einmal in ihrer Innungsversammlung sich darüber zu einigen, da, wie sie angaben, die Meister zu schwach vertreten seien. In dieser Innungsversammlung waren die Herren aber wieder so schwach vertreten, daß sie genöthigt waren, trotzdem den Pantarif anzuerkennen. Einige kleine Abänderungen nahmen sie eigenhändig vor, welche die Kommission nach nochmaligem Vorprechen wieder zu unseren Gunsten abänderte. Betreffs des Schleifertarifs berichtete Nickel weiter, sind wir ebenfalls zu einem guten Resultat gekommen. Nachdem Herr Fomm uns soweit entgegenkam, den geforderten Preis bezahlen zu wollen, nur an der Stückzahl etwas zugeben zu müssen, erklärte sich die Kommission einverstanden, die geforderten 40 Stk 50 Pfg. auf 45 Stk 50 Pfg. (schwarzes Gewicht) festzusetzen. Die Firma Unger sollte aber von ihren hohen Forderungen an die Feilenhauermeister etwas zurückgehen, da die letzteren sonst nicht in der Lage wären, bei dieser Firma schleifen zu lassen. (Bekanntlich nutzte die Firma Unger die Forderungen der Schleifer dazu aus, von den Feilenhauermeistern einen sehr hohen Preis für Feilenschleifen zu erzielen.) Nachdem verschiedene Redner die Arbeiten der Kommission gut geheßen und anerkannt, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Schuppenhauer's Restaurant tagende Feilenhauer- und Schleifer-Versammlung erklärt sich mit der Kommission einverstanden und verspricht die angenommenen Tarife auch richtig durchzuführen.“ Ferner erklärte die Versammlung: für die Dauer keine Feilen zu hauen, welche von dem Arbeitswilligen Guido Albert geschliffen werden. Derselbe war, noch ehe der Tarif an die Arbeitgeber gesandt war, Feuer und Flamme für die Sache, um uns dann den Rücken zu kehren und uns im Stiche zu lassen. Es wurde nun ein Antrag gestellt, eine geheime Abstimmung vorzunehmen, ob der Streik beendet werden soll. Das Resultat dieser Abstimmung war: die Arbeit wird wieder aufgenommen. Nachdem Kollege Krause als Bevollmächtigter des Verbandes eine sehr interessante, belehrende Ansprache an die Versammelten gehalten und aufgefodert hatte, auch ferner, wenn die Wogen der Bewegung nicht so hoch gehen, fest zusammenzuhalten, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den D. M. B. — Nachträglich ist noch zu bemerken, daß sämtliche Arbeitgeber, so weit sie in Frage kamen und noch nicht bewilligt hatten, der Kommission erklärt haben, ebenfalls zu bewilligen und ihre alten Arbeiter wieder einzustellen. Somit wäre der Streik beendet zu unserer Zufriedenheit. Den auswärtigen Kollegen aber danken wir für ihre Solidarität.

**Dresden.** Eine gutbesuchte öffentliche Feilenarbeiter-Versammlung fand am 28. Mai im „Erianon“ statt mit folgender Tagesordnung: 1) Die Feilenbranche und ihre Organisation. 2) Der Streik der Feilenhauer und -Schleifer in Chemnitz. Als Referent war Kollege Nickel aus Chemnitz erschienen. Derselbe führte zum ersten Punkte an, daß die lange Arbeitszeit und die schlechte Ernährung in Folge der niedrigen Löhne, die in unserem schweren Berufe vorherrschend sind, in Verbindung mit der Staubentwicklung eine große Sterblichkeit hervorruft, so daß bloß ein Durchschnittsalter von 29 Jahren erreicht werde. Diesen Zuständen abzuhelfen, sei nur möglich durch eine straffe Organisation im D. M. B. In der Debatte spricht sich der Bevollmächtigte im Sinne des Referenten aus, bedauert die Uneinigkeit der Dresdener Feilenhauer, hervorgerufen durch Kleinliche Angelegenheiten. Ein Kollege ist der Meinung, daß durch die Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise durch die Feilenhauer viel Uneinigkeit geschaffen wird, und empfiehlt, daß der Arbeitsnachweis an eine unparteiische Hand übergehen soll, am besten an den Verband. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, wonach sich die Versammlung für den D. M. B. erklärt. Der Bevollmächtigte solle die Sache mit dem jetzigen Vorstand des Sozialvereins in die Hand nehmen. Für den Sozialfond wird vorläufig weitergezahlt und derselbe dem Bevollmächtigten übergeben. Beim 2. Punkt schilderte Kollege Nickel den Stand des Streiks in Chemnitz und die Forderungen. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Versammlung mit den auswärtigen Feilenhauern und Schleifern in Chemnitz solidarisch erklärte. Ein Kollege bemerkte, daß die Firma Mählhose in Pötschappel in Chemnitz war, um ein paar streikende Feilenschleifer zu holen, die auch schließlich nach Bewilligung der Chemnitzer Forderungen nach Pötschappel gereist sind, allerdings bloß zur Aushilfe. Herr Mählhose hatte in Chemnitz für die Ausständigen Bier und Zigarren bezahlt und noch extra 10  $\mathcal{M}$  zum Vertrinken gegeben, was große Heiterkeit erregte. Den beiden Schleifern redete er aber zu, ja dem anderen Schleifer (der bei Mählhose arbeitet) nichts zu sagen, was sie natürlicher Weise nicht befolgt haben. Darauf hat auch dieser den Tarif verlangt und bewilligt erhalten. Herr Mählhose hat seiner Zeit die Namen sämtlicher dort ausständigen Feilenhauer und Schleifer auf schwarze Listen in alle Welt geschickt, um sie die Hungerpeitsche fühlen zu lassen. Jetzt fährt er in's Streikgebiet, zahlt tüchtig Bier und Zigarren, um Leute zu gewinnen, und zahlt auch schließlich, da so was bei Organisirten nicht zieht, den gestellten Tarif. Man kann also sehen, was durch feste Organisation errungen werden kann. Die Versammlung hatte zur Folge, daß sich sämtliche Anwesende noch nicht Organisirte in den Verband aufnehmen ließen.

**An die Verwaltungsstellen des D. M. B. in Brandenburg und Pommern.**

Hierdurch mache ich die Mittheilung, daß der Verbandsvorstand beschloßen hat, das bisherige System der Agitation in Brandenburg und Pommern aufrecht zu erhalten und mich wie bisher mit der Leitung der Agitation beauftragt hat. Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand sollen die Sammlungen durch Verkauf von Beitragsmarken zum Agitationsfonds eingestellt werden, daher erjuche ich die Ortsverwaltungen, welche noch Agitationsmarken am Orte haben, dieselben an mich einzusenden und für die seit dem Monat April noch verkauften Marken das Geld ebenfalls an mich abzuliefern. Ich bitte dies bis spätestens zum 15. Juni cr. zu veranlassen.

Ferner bitte ich — soweit dies noch nicht geschehen — die Abrechnung der Markmarken bis zum 15. Juni erfolgen zu lassen, das heißt: die nicht verkauften Marken zurückzusenden und für die verkauften Marken die Beträge einzusenden, damit mit dem Quartalschluß die gesammte Markenabrechnung erfolgen kann.

Vom heutigen Tage ab tritt eine Adressenveränderung ein. Es ist jede Zuschrift, welche bisher an meine Adresse gerichtet wurde, nunmehr zu adressiren:

**In den Deutschen Metallarbeiterverband, Berlin S. 14, Annenstraße 39.**

Gelder sind dagegen an die bisherige Adresse: S. Mohr-Lack, Berlin S. 14, Prinzenstraße 79, III zu senden.

Ich bitte dringend, diese Adressenveränderung zu beachten, da sonst unliebsame Verzögerungen in der Erledigung der Angelegenheiten entstehen könnten.

Schließlich mache ich noch auf die zur Zeit stattfindenden Lohnkämpfe aufmerksam, von welchen insbesondere der Kampf in Torgelow die Aufmerksamkeit aller Kollegen erfordert. Um was es sich handelt, ist durch die Tagespresse, durch Rundschreiben, sowie durch die „Metallarb.-Ztg.“ genügend bekannt gegeben. Es ist klar, daß der Kampf aufgenommen werden muß, falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erzielt wird, was jedoch so gut wie ausgeschlossen erscheint. Daher erjuche ich besonders die Ortsverwaltungen meines Bezirkes, nach festen Kräften für die Unterstützung der Nicht-Organisirten wirken zu wollen, da ohnedem der Kampf einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist. Wäge jede Verwaltung alle am Orte verfügbaren Mittel nach Torgelow zu senden, an die auf dem letzten Rundschreiben angegebene Adresse.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vertrauensmann: **H. Rohrlack.**

**An die Metallarbeiter Thüringens!**

Ich muß leider noch einmal an dieser Stelle die Kollegen allerorts auffordern, die ihnen von Jena aus zugefandten Fragebogen über Aufnahme einer Statistik für ganz Thüringen nach hier einschicken zu wollen. Bis jetzt ist von den in Frage kommenden 30 Orten eine verschwindend kleine Zahl ihrer Pflicht nachgekommen. Ich will nochmals betonen, daß diese Statistik uns viel Arbeit macht und außerdem eine ziemliche Summe Geld kostet. Soll aber etwas Ersprießliches aus dieser Angelegenheit heraus kommen, dann müssen auch die Kollegen der Orte, wo Fragebogen hingekommen sind, ihre Schuldigkeit thun, indem sie die Fragebogen, soweit es noch nicht geschehen ist, so schnell wie möglich zurückzulassen und nach hier an die bekannten Adressen einsenden. Also frisch ans Werk!  
Jena, im Juni 1899. **S. Leber.**

**Unterstützungs- und Agitationsfond der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (C. G. 29, Hamburg.)**

Die 17  $\mathcal{M}$ , welche in der Abrechnung Nr. 19 unter dem Namen Müller-Charlottenburg quittirt sind, wurden von der Filiale Berlin V eingesandt.  
Der Kassenabschluß ist nicht am 8. Mai, sondern am 30. April gemacht.  
Braunschweig, 4. Juni 1899.  
Chr. Ostermann, Weststr. 5.

**Rundschau.**

**Material für das Zuchtthausgesetz!** Der Gewaltstreik der dänischen Unternehmer, die bekanntlich 40,000 Arbeiter ausgesperrt haben, um ihre Organisation zu zerstören, findet nicht nur den lauten Beifall der deutschen Unternehmer, sondern auch die thatkräftige Unterstützung der deutschen Unternehmer selbst. Den gemäßregelten dänischen Arbeitern, die der Terrorismus der dänischen Unternehmer über die Grenzen ihres Vaterlandes treibt, werden auf deutschem Boden Steckbriefe nachgesandt, damit der Hungertod, dem sie durch die Flucht ins Ausland zu entzinnen streben, sie auf fremden Boden um so sicherer ereile. Die ungeheuerliche Thatsache wird bewiesen durch folgendes Rundschreiben des berichtigten „Gesamttverbandes deutscher Metallindustrieller“:

Gesamttverband deutscher Metallindustrieller. Berlin, den 18. Mai 1899.

Rundschreiben Nr. 15 pro 1899.  
Der „Dänische Arbeitgeber- und Meisterverein“ hat anlässlich des Fischlerstreiks in 7 jütändischen Provinzstädten über sämtliche Fischlergesellen, welche dem dänischen Fischlervereine angehören, die Sperre verhängt, weil dieselben — bereits zum zweiten Male — die zur Beilegung des Streikes getroffenen Vereinbarungen gebrochen haben.

Die „Vereine der Fabrikanten der Eisenindustrie in Kopenhagen und den Provinzen Dänemarks“ bitten uns nun dringend um kollegiale Unterstützung bei diesem „Lock-out“; wir nehmen deshalb Veranlassung, unsere Mitglieder hierdurch vor der Einstellung der ausgesperrten Modellstecher sowie überhaupt aller dänischen Arbeiter während der Dauer der verhängten Sperre zu warnen.  
Hochachtungsvoll  
Gesamttverband deutscher Metallindustrieller.

Fürwahr, ein prächtiges Dokument für die internationale Solidarität des Unternehmertums! Die Arbeiter werden in allen Fällen darauf Bezug nehmen, wenn die kapitalistische Presse die internationale Verbrüderung des Proletariats zu begünstigen trachtet. Herr Pobjabovskij aber wird hoffentlich nicht verfehlen, dieses Rundschreiben seinen Akten beizufügen, um es bei der Begründung der Zuchtthausvorlage zu verwerten.

**Die wirklichen Terroristen sind die Unternehmer!** Dem „Generalanzeiger von Hamburg-Altona“ ist folgendes Schriftstück auf den Tisch geflogen:  
Hamburg, den 8. Juni 99.

Herrn . . . . .  
Durch den in Aussicht stehenden Formerstreik richten wir die Bitte an alle Mitglieder, im Falle eines Ausbruchs des Streiks keine Forderungen der Former zu bewilligen, da wir in der Lage sind, innerhalb 3 Tagen genügend Ersatzkräfte aus Böhmen und Westfalen heranzuziehen.

Bei etwaigen Störungen in Ihrem Betriebe wollen Sie uns bitte unverzüglich Mittheilung davon machen. Haupt-sächlich ist auf die sozialdemokratischen Agitatoren in der Fabrik zu achten und sind dieselben bei der geringsten Sache auszusperrn.

Hochachtungsvoll  
Verband der Eisenindustrie Hamburgs.  
Der Sekretär, gez. Thielkov.

Und damit die Unternehmer in Zukunft noch ungehinderter die Arbeiter drangsaliren und ächten können, soll das Zuchtthausgesetz geschaffen werden!

„Wenn zwei daselbe thun . . .“ Die sächsische Regierung, die den Arbeitern kaum Luft und Licht gönnen mag, kann gegenüber anderen Gesellschaftsklassen auch anders. So heißt es in der vom Ministerium des Innern für die Ärzte erlassenen Staudesordnung u. A.: „Einen Staudesgenossen durch das Anbieten billigerer oder unentgeltlicher Hilfe oder durch unläntere Mittel zu verdrängen, ist unzulässig, ebenso die Behandlungsweise eines Arztes Laien gegenüber rücksichtslos oder leichtfertig zu beurtheilen.“ Das ist ganz schön, aber in schroffem Gegensatz zu dieser amtlichen Verordnung für die Ärzte häßlich dieselben sächsischen Behörden die Streikbrecher und andere Schmutzkonkurrenten und beschließen die pflichtvergessenen Arbeiter, die länger und um schlechtere Löhne arbeiten als die organisirten Arbeiter. Eine solche Regierungspolitik den ordentlichen Arbeitern gegenüber ist alles Andere als „staatsbehaltend“.

**Zur Aussperrung in Dänemark.** Der Verband der dänischen Metallarbeiter verwendet einen Aufruf, in dem er um Unterstützung in dem aufgezwungenen Kampfe ersucht. Es heißt in dem Aufruf u. A.: Unsere hiesige Zentralorganisation, die „Zentralisirten Gewerkschaftsverbände“, hat unter dem gegenwärtigen Kampfe vollauf damit zu thun, an Orten zu unterstützen, wo die Noth am größten ist, weshalb wir meinen, da wir mit dem hohen Wochenbeitrag, welchen unsere Mitglieder in den letzten paar Jahren bezahlt haben, uns einen einigermaßen anständigen Kassenbestand gesammelt haben, daß wir uns soweit als möglich selbst helfen müssen. Dies dürfte jedoch kaum durchführbar sein, ohne daß unsere ausländischen Kollegen uns ihre hilfreiche Hand reichen. Unseren Verhältnissen nach sind es große Summen, die wir brauchen, nämlich 40,000 Kronen pro Woche zur Unterstützung von circa 3500 Schmieden und Maschinenbauern, und die circa 200,000 Kronen, die unser Verband besitzt, werden dann bald aufgebraucht sein, namentlich wenn die Fabrikanten die Aussperrung auf weitere 800 Mann ausdehnen. Wir machen unsere ausländischen Kollegen darauf aufmerksam, daß unsere in Arbeit stehenden Mitglieder beschloßen haben, während der Dauer der Aussperrung drei Kronen pro Woche bezahlen zu wollen. Selbstredend ist es auch eine gute — wenn auch ungenügende — Stütze, daß wir von circa 1500 Mitgliedern einen recht bedeutenden Beitrag pro Woche erwarten können, und diese Kollegen können die Fabrikanten mit ihrem besten Willen nicht aussperrn, weil wir mit den Fabrikanten, bei welchen sie in Arbeit stehen, Kontrakt haben.

Unsere ausländischen Kollegen werden vielleicht fragen: um was dreht sich dieser Kampf denn eigentlich, dieser Kampf, wo man seitens der Arbeiter keine Forderungen gestellt hat und wo man nicht einmal um einen Abschluß verhandelt, wo man sich dagegen zu schlagen scheint, einzig und allein des Krieges wegen? Wir antworten hierauf: Der offizielle Grund zu diesem in unserem Lande ganz unerhörten Kampfe, welcher unserer blühenden Industrie mit Untergang droht, ist der, daß die Fischlergesellen in sieben kleinen Städten in der Provinz Jütland sich weigerten, eine Uebereinkunft anzuerkennen, welche zwischen ihrer und der Organisation der Arbeitgeber abgeschlossen war mit dem Vorbehalt, daß diese Uebereinkunft von den beteiligten Parteien, also den Meistern und Gesellen in den erwähnten sieben Städten, anerkannt würde. Diese Weigerung führte zu dem Resultat, daß sämtliche Arbeitgeberorganisationen, unter welchen die Fabrikanten in der Eisenindustrie die dominierende Macht besitzen, eine Aussperrung von 30,000 Arbeitern, wovon, wie gesagt, 3500 Schmiede und Maschinenbauer, distirten. Man wird uns sicher einräumen, daß ein so geringfügiger Streik in einer und fernliegenden Branche nicht der einzige Grund sein kann für eine solche gewaltthätige Kriegserklärung und daß der eigentliche Grund wohl sicherlich darin zu suchen sein wird, daß die großen Kapitalisten, welche namentlich die Eisenindustrie hier im Lande beherrschen, nun allen Ernstes versuchen wollen, einen Hauptschlag gegen uns zu führen, um die Macht zu brechen, welche unsere Organisationen sich erobert haben, und um uns auf Jahre hinaus zurückzuschrauben.

Die Arbeiterorganisationen haben an das Schiedsgericht appellirt, welches von dem Verein der Unternehmer und den zentralisirten Gewerkschaftsverbänden errichtet worden ist zu dem Zwecke, eintretendenfalls seinen Wahrspruch darüber abzugeben, ob bei entstandenen Konflikten die zwischen den Arbeitern und Unternehmer-Organisationen geschloßenen Verträge gebrochen worden sind. Die vereinigten Unternehmer haben sich — nach vorheriger Weigerung — nun doch entschloßen, sich der Entscheidung des „Gemeinsschusses zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten“ zu unterwerfen, es soll aber eine Ergänzung desselben stattfinden. In Folge dessen haben sowohl der Arbeitgeberverein, als die „Vereinigten Fachverbände“ je drei weitere Vertreter erwählt.



**Der 48. Jahresbericht des englischen Maschinenbauerverbandes**, der sich auf das Jahr 1898 erstreckt, ist soeben erschienen. Eingang des Berichtes heißt es: Das Jahr 1898 ist für uns eines der stärksten Kontraste gewesen. Bei Beginn desselben befanden wir uns noch in heftigem Kampfe mit den Untersuchern, das Ende fand uns in vollstem Frieden; es begann mit 30,000 Mann arbeitslos, unterstützungsbedürftiger Mitglieder, es endete mit einer Zahl unterstützungsbedürftiger noch unter der Normalhöhe; es fand uns arm und verschuldet, es verließ uns klar und schuldenfrei und mit einer Reserverbilanz, die wöchentlich um 40,000 M. stieg. Für die Maschinenindustrie bedeutete das Jahr eines von außerordentlicher Prosperität. Unsere Mitglieder profitierten davon, wenn auch nicht in dem Maße, als sie berechtigt gewesen wären; aber jedenfalls wurden am Ende des Jahres Löhne erzielt, wie nie zuvor. An der Hand von Produktions- und Exportziffern wird dargethan, daß die englische Schiffsbau- und Maschinenbau-Industrie noch heute den Weltmarkt — wenn auch nicht allein — so doch zu einem erheblichen Theile beherrscht und alle anderen Industriestaaten weit hinter sich zurückläßt.

Die Mitgliederzahl ging von 91,444 auf 83,564 zurück. Dieser Rückgang erklärt sich daraus, daß der Streik den Mitgliederbestand in abnormer Weise in die Höhe getrieben hatte. Es ist ja eine allgemeine Erfahrung, daß bei Streiks eine Menge Indifferenter in die Organisation hineintreibt — der Unterstützung wegen, die später wieder austreten. Der Monatsbericht vom Mai dieses Jahres aber, der uns ebenfalls vorliegt, gibt die Mitgliederzahl bereits auf 83,950 an. Das Einkommen während dieses Jahres betrug 9,014,542 M.; hierzu kommt der Kassenbestand Ende 1897 mit 3,497,044 M., zusammen also über 12 1/2 Millionen M. Die Ausgaben des Verbandes betrugen 8,349,198 M. Unter den Ausgaben steht die Arbeitslosen-Unterstützung mit nahezu 2 1/2 Mill. M. obenan, ihr folgt die Alters-(Jubiläen-)Rente mit 1 1/2 Mill. M. und die Krankenunterstützung mit 850,000 M. Der Kassenbestand war am Ende des Jahres auf 4,162,427 M. angewachsen. Der Bericht schließt mit einem Appell an die Mitglieder, für die weitere Ausdehnung der Organisation zu streben zu sein.

In **Cremot** (Frankreich) traten Ende Mai circa 8000 Arbeiter der Schneiderischen Maschinenbauanstalten und Gußstahlfabriken in den Aufstand. Sie forderten im Durchschnitt 50 Cent. pro Tag Wohnvermehrung. Bewilligt wurden in Folge Intervention der sozialistischen Abgeordneten 20—25 Cent. pro Tag, so daß die Arbeit am 2. Juni wieder aufgenommen wurde. Auch die Organisation der Arbeiter wurde anerkannt, was umso wichtiger ist als die Arbeiter der Kreuzotter Werke sich bisher in einem ähnlichen Sklavenverhältnisse befanden wie die Arbeiter des Königs Stumm in Neunkirchen.

**Briefkasten.**

**Waldhof.** Wir nehmen einstweilen Notiz von der Agitationsweise der vorliegenden Form der Zentralvereine, sehen aber, da wir vorläufig uns neutral verhalten, von einer Veröffentlichung ab.

**Zinniger Harnberg, n. A.** In nächster Nr.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

- Altenburg.** Sonnabend, 17. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Livol“.
- Aue i. G.** Sonnabend 17. Juni, Abends 9 Uhr, in der „Reichshalle“. Ausflug betr.
- Augsburg.** Samstag, 17. Juni, Abends 8 Uhr, im „Blauen Hof“.
- Barmen.** Samstag, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Hübn, Föhrenthalerstr. 19. Vortrag des Kollegen Hohrath über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“.
- Berlin.** Vertrauensmännertreffen: Mittwoch, 21. Juni, für den Süden bei Rautenberg, Danienstraße 180; Sonnabend, 24. Juni: für den Norden bei Riedemann, Friedenstraße 67; für Charlottenburg bei Reiche, Borsamerstr. 44; Sonnabend, 1. Juli, für Moabit bei Fischer, Weinstra. 9.
- Bernburg.** Sonnabend, 24. Juni.
- Biebrich.** Am 17. Juni.
- Bitterfeld.** Am 17. Juni.
- Bremen.** Sonnabend, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Janitstr. 21—22.
- Delitzsch.** Sonntag, 18. Juni, Nachmittags 4 Uhr, bei G. Frede, Grünstraße.
- Düsseldorf.** (Allg.) Samstag, 17. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Bredt, Leopoldstr. 34. Vortrag: Wissen ist Macht.
- Erfurt.** (Allg.) Sonnabend, 24. Juni, im Gasthaus zum „Gorbardt“, Gorbardtstr. 46.
- Friederichs.** Sonnabend, 24. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im „Stern“.
- Frankfurt a. M.** (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, 17. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Gießerstraße 23. Vortrag des Kollegen Maschsch-Berlin: Der Vorgelamter Streik in der Deutschgrift zur Zucht-hausvorlage und in Wirtshaus.
- Frankenthal.** Sonntag, 17. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Bergand, Welfstraße 33. Vortrag des Herrn Vogel, Homburg aus Ludwigshafen über: Tuberkulose-Bazillen. Kartellbericht.
- Freiburg i. B.** Samstag, 17. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der Kaserbarren, Söwenstraße.
- Hamburg.** (Allgem. Verwaltungsstelle.) Schloffer: Dienstag, 20. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Hübn, Gänsemarkt 33. — Dietrich Gilber: Dienstag, 20. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Friedmann, Wandstraße-Gänge 128. — Selbiger und Gärler: Mittwoch, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei dem Salzen, Saffmanstraße 6—7. — Dietrich Harms: Mittwoch, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei A. Fiedler, Ede Bachstraße und Schützenhof.

- Hamburg.** (Sekt. der Klempner.) Mittwoch, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Hübn, Gänsemarkt.
- Hannover.** (Sektion der Klempner.) Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abds. halb 9 Uhr, bei Stragner.
- Hannover.** (Sekt. der Schmiede.) Sonnabend, 17. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstr. 1. Vortrag.
- Harburg.** Sonnabend, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Lokale von Bühenhof.
- Kaiserslautern.** (Allg.) Samstag, 17. Juni, in den „drei Mühren“.
- Karlsruhe.** (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 17. Juni, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstr. 2.
- Ludwigshafen a. Rh.** Samstag, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marktstraße.
- Mannheim.** (Sämtliche Sektionen und Branchen.) Jeden ersten Samstag im Monat im Saale des „Bellevue-Keller“.
- Merseburg.** Sonntag, 18. Juni, Vormittags 11 Uhr, im „Saalelöschchen“.
- Münchenheim.** Jeden letzten Samstag im Monat.
- München.** (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter.) Samstag, 17. Juni, Abends 8 Uhr, im „Dirnbrau“ (Zahl).
- Nienburg a. H.** Sonnabend, 17. Juni, im „Keller“.
- Reumühlen bei Kiel.** Sonnabend, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Först in Wellingdorf. Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
- Reumünster.** Freitag, 23. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Kellermann. Vortrag: Unser Koalitionsrecht und die Zucht-hausvorlage.
- Rürnberg.** (Allg.) Samstag, 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Café Merf, Brechtelstraße.
- Rürnberg.** (Sektion der Feilzeugindustrie.) Samstag, 24. Juni, Abends 8 Uhr, bei Zantner, Tuchstraße. Vortrag: Gründung einer Sterbekasse.
- Selsküh i. H.** Am 24. Juni im „Bergschlöschchen“.
- Oggersheim.** Am 1. Juli in der „Eintracht“.
- Poll.** Montag, 19. Juni, Abends 9 Uhr.
- Rheydt.** Sonntag, 25. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Sid. Grünstraße. Vortrag des Kollegen Spiegel: Die Zucht-hausvorlage.
- Roslau.** Sonnabend, 24. Juni, bei Schreiber, Feldstraße. Revisionswahl.
- Stuttgart.** (Allg.) Samstag, 24. Juni, im Gewerkschaftshaus, Erlingerstraße. Vortrag.
- Stuttgart.** (Sektion der Glaser und Installateure.) Freitag, 16. Juni, im „Goldenen Käsen“, Erlingerstr. 17/19.
- Suhl.** Sonnabend, 1. Juli, Abends halb 9 Uhr, in „Dombergs-Anstalt“.
- Telbert.** Samstag, 24. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Witwe Kotterscheidt, Neustr. 26.
- Tierfen.** Sonnabend, 24. Juni, Abends 8 Uhr, bei Effer, H. Bruchstraße 25. — Son da ab alle 14 Tage.
- Witten.** Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden 3. und 4. Samstag, Abds. halb 9 Uhr, bei A. Raabe, Oberstraße 17, statt.

- Berlin.** Sonnabend, 1. Juli, findet im Marienbad, Badstr. 35/36, ein Sommerfest, bestehend aus Konzert, Theater und Spezialitäten, statt. Billets à 30 Pfg. bei den bekannten Vertrauensleuten. Der Ueberfluß ist für die ausständigen deutschen und dänischen Kollegen bestimmt. — Zur Beschätzung der Sternwarte sind noch eine Anzahl Billets à 75 Pfg. im Bureau, Annenstr. 29, zu haben.
- Cannstatt.** (Allgem. und Sektion der Formner.) Die Bahnhöfen beteiligen sich bei dem Auszug der Stuttgarter nach Galm. Bienen zum Einzeichnen, wobei das Fahrgeld gleich bezahlt werden muß. Liegen auf bei Sträger, Wisnardsstr. 41, zum „Majestätischen Hof“, bei Rees, Pfeiferstraße und Witwe Bäuerle, Rojenaustraße.
- Leiterna.** Abreise des Bevollmächtigten: Alb. Trusch, Schloßstraße 12; des Kassiers: Oskar Bauer, Pyrastr. 1.
- Leiterna.** (Allg.) Die Mitglieder werden aufgefordert, die Bibliotheksbücher Krankenhausestr. 5 abzuliefern — Reisegeld wird ausbezahlt bei Gottl. Walter, Krankenhausestr. 2.
- Erfurt.** (Allg.) Folgende Mitglieder werden aufgefordert, die aus der Bibliothek entliehenen Bücher zurückzugeben: 1) Heinrich Grinzel, B.N. 147,946, eingetr. am 12. September 1897 zu Erfurt: „Buch der Unterhaltung und des Wissens“. 2) Heinrich Glajen, B.N. 186,279, eingetr. am 7. Mai 1898 zu Weidenberg: „Deutsche Revolution“. 3) Albrecht Sehl, B.N. 177,314, eingetr. am 29. Mai 1897 zu Erfurt: „Lohn und Sozialdemokratie“.
- Kaiserslautern.** (Allg.) Bezirksberichterstattung und Beiträge werden jeden Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr im Lokal entgegengenommen. — Reisegeld wird täglich Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 7—9 Uhr im Gesellschaftshaus, Steinstr. 26, ausbezahlt.
- Karlsruhe.** (Sektion der Blechner u.) Unentgeltlicher Arbeitsnachweis, Lokal: „Storch“, Gartenstr. 4. — Sonntag, 18. Juni, Ausflug nach Aßmann-Mammelfer. Einzugsleistungen bei Dietrich, Bittorstraße 9.
- Köln a. Rh.** (Sektion der Klempner.) Der Bevollmächtigte Carl Strophoff wohnt kleine Spitze 16a; der Kassier Wilhelm Müller, Jacobiwegstr. 89, Köln-Nippes.
- Leinhardt i. Oberpf.** Abreise des Bevollmächtigten: Johann Fiederer, Gasthaus zum „goldenen Anker“, Oberer Markt 27.
- Offenburg.** Friedrich Buch, Formner, B.Nr. 112,246, eingetraten in Offenburg, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen unsere Zeitschrift nachzukommen.
- Oggersheim.** Sonntag, 16. Juli, allgemeines Gewerkschaftsfest.
- Riesa.** Alle Beschwerden und Vorkommnisse sollte man beim Bevollmächtigten H. Schreiber mitteilen oder abgeben.
- Roslau.** Sonntag, 25. Juni, Nachm. 3 Uhr, Gewerkschaftsfest in Reinsdorf, Gasthof zur „Erfahrung“.
- Stuttgart.** (Allg.) Die Abreise des Kassiers ist: F. Becker, Blumenstr. 28, IV. An- und Abmeldungen, sowie Beschwerden wegen unregelmäßiger Beitragseinzahlung sind an denselben zu richten.
- Stuttgart.** Die Kollegen, die am Streik bei Reins & Cie. beteiligt waren und den rückständigen Lohn noch nicht erhalten haben, werden ersucht, ihre Abreise sofort dem Be-

vollmächtigten Emil Pfeiffer, Nedarstr. 160, mitzutheilen, damit ihnen der Lohn zugesendet werden kann.

**Gestorben.**

In Hohenstein-Ernstthal am 5. Juni der bisherige Bevollmächtigte Nadelmacher Hermann Koch, geb. am 4. April 1863, an Brandwunden.

**Öffentliche Versammlungen.**

- Alfeld.** Montag, 19. Juni, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im „Livol“. Referent: Kollege Behle-Hannover.
- Barmen.** Sonntag, 25. Juni, Morgens halb 11 Uhr, in Oberbarmen, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag des Kollegen Hohrath: Was bietet uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband? Das Lokal wird noch bekannt gemacht.
- Böbeln i. G.** Sonnabend, 24. Juni, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der „Muldenterrasse“. Protest gegen die Zucht-hausvorlage.
- GutsMuths-Balbach.** Samstag, 24. Juni, bei Siebenhaar, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die Zucht-hausvorlage zur Verurteilung des Koalitionsrechts. Referent: Kollege Hermann Grafweg.
- Hannover.** Sonntag, 25. Juni, Vormittags 11 Uhr, im „Ballhof“, öffentliche Klempner-Versammlung.
- Herrnsberg.** Montag, 19. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Krone“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die Zucht-hausvorlage. Die Arbeitslosenunterstützung. Referent: Kollege Maschsch-Berlin.
- Hofschappel.** Montag, 19. Juni, Abends 9 Uhr, in Sunaths Restaurant in Deuben, öffentliche Versammlung. Vortrag des Kollegen Naat-Dresden über: Die Entwicklung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und was bietet er seinen Mitgliedern?
- Riesa.** Sonntag, 18. Juni, große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in Habersien. Die Zucht-hausvorlage. Referent: Landtagsabgeordneter Goldstein.
- Wiesbaden.** Samstag, 24. Juni, Abends 9 Uhr, im „Schwalbacher Hof“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Was bringt uns die Zucht-haus-Vorlage? Referent: Karl Maschsch-Berlin.
- Würzburg.** Sonntag, 18. Juni, Vormittags 10 Uhr, im „Sähen“, allgemeine Metallarbeiter-Versammlung. Werth und Nutzen der Arbeitslosenunterstützung. Referent: Kollege Büchlein-Schweinfurt.
- Zeulenroda.** Sonntag, 18. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Diebstaur zur „Buche“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die Arbeitslosenunterstützung. Referent: J. Seber-Sena.

**Privat-Anzeigen.**

- Aufforderung.** Der Schleifer Carl Müller aus Pferlohu wird gebeten, wichtiger Mittheilungen wegen und seine Adresse mitzutheilen, auch bitten wir die Kollegen, welchen der Aufenthalt desselben bekannt ist, uns event. die Adresse zu vermitteln. 831
- Ortsverwaltung Berlin, Annenstr. 89.**
- Tüchtiger Lehrling** findet dauernde und gut lohnende Beschäftigung. **C. H. Werner**, Eigengeberei und Maschinenfabrik Staßfurt. 871
- Kollegen W. Augustin und W. Jünker! Meine Adresse ist: **Aug. Jansen**, Mannheim, Schwaningerstr. 94, II. 85
- Ein tüchtiger **Madler** oder **Siebmacher** (Witterarbeiter) wird sofort gesucht bei **C. Hellwig, Königsberg i. Pr.** Domstraße 14. 861
- Tüchtige Metallbrücker auf Silberwaaren** finden bei hohem Lohn dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnissen an **Martin Mayer, Mainz.**
- Kollegen allerorts!** Ich empfehle meine eigenen Fabrikate in **Zigarren** vorzüglicher Qualitäten. Versende schon seit Jahren mit 100 Stück von 2,70 Mk. an. Jeder Käufer kann brieflich bestellen und kann ihm das Gewünschte geboten werden. Händler können durch meine Zigarren sich Kundenschaft heranziehen. Heede Bedienung. Bitte die Kollegen bei Bedarf mich zu berücksichtigen. 881
- Robert Schreiber, Riesa a. G.,** Wilhelmstraße 4.

**Achtung:**

**Formner und Berufsgenossen!**

Empfehle mich zur Beförderung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material hergestellten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in **Formnerwerkzeugen, Formnergürteln u. s. w.** Zusendung meines neuesten Musterbuches nebst Preisliste erfolgt franco. 176

**I. Sächs. Formnerwerkzeugfabrik H. Schneider** Leipzig-Lindenau, Duckstr. 13.

**Lederhosenfabrikant**

**W. Ad. Langer, Leubsdorf (Sachsen),** empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten **Double-Lederhosen** in silbergrau, weißgebleicht und dunkelbraun. I. Qual, ganz stark, schwer per Paar Mk. 5,—, II. Qual, mittelmäßig, halbhart, per Paar Mk. 4,50, frei in's Haus per Nachnahme. Bitte, Musterkarte, ev. Probehose zu verlangen. 167